

Niederschrift

Gremium	Sitzung - SR/002(V)/09			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Stadtrat	Donnerstag, 13.08.2009	Ratssaal	14:00Uhr	19:55Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit und Durchführung feststellender Beschlüsse
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Bestätigung der Beschlussprotokolle der 84.(IV) Sitzung vom 25.06.09 und der 1.(V) Sitzung vom 02.07.09
- 4 Bekanntgabe der von den beschließenden Ausschüssen und sonst in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- 5 Entscheidung über die Gültigkeit der Wahl zum Stadtrat
(§ 51 KWG LSA)
BE: Stadtwahlleiter

- | | | |
|-------|---|-----------------|
| 6 | Information über eine Eilentscheidung des Oberbürgermeisters zur Beschaffung von zwei Katastrophenschutzfahrzeugen aus dem Konjunkturpaket II - Vorfahrtsbeschluss des Stadtrates vom 28.05.2009 (DS 0173/09) | I0181/09 |
| 7 | Beschlussfassung durch den Stadtrat | |
| 7.1 | Bestätigung der Wahl der Ortsbürgermeister von Beyendorf/Sohlen, Pechau und Randau/Calenberge gemäß § 88 Abs. 1 GO LSA

BE: Oberbürgermeister | DS0322/09 |
| 7.2 | Bestellung der Beschäftigtenvertreter für den Betriebsausschuss Kommunales Gebäudemanagement

BE: Oberbürgermeister | DS0309/09 |
| 7.3 | Bestellung der Beschäftigtenvertreter für den Betriebsausschuss des Städtischen Abfallwirtschaftsbetriebes

BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung | DS0284/09 |
| 7.4 | Bestellung der Beschäftigtenvertreter für den Betriebsausschuss des Eigenbetriebes Stadtgarten und Friedhöfe Magdeburg

BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen | DS0324/09 |
| 7.5 | Jahresabschluss 2008 des Eigenbetriebes Stadtgarten und Friedhöfe Magdeburg (SFM)

BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen | DS0237/09 |
| 7.5.1 | Jahresabschluss 2008 des Eigenbetriebes Stadtgarten und Friedhöfe Magdeburg (SFM)

Oberbürgermeister | DS0237/09/
1 |
| 7.6 | Neues Kommunales Haushalts- und Rechnungswesen (NKHR) - Beschluss der Budgets und Deckungskreise für den konsumtiven Haushalt

BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen | DS0256/09 |
| 7.7 | Neues Kommunales Haushalts- und Rechnungswesen (NKHR) - Konzept für die Investitionen im doppischen Haushalt

BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen | DS0178/09 |

7.7.1	Neues Kommunales Haushalts- und Rechnungswesen (NKHR) - Konzept für die Investitionen im doppischen Haushalt Ausschuss FG	DS0178/09/ 1
7.8	Zukünftiges Betreiberkonzept BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen	DS0156/09
7.8.1	Zukünftiges Betreiberkonzept Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!	DS0156/09/ 1
7.8.2	Zukünftiges Betreiberkonzept Fraktion DIE LINKE	DS0156/09/ 2
7.9	Einleitung des Satzungsverfahrens zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 489-1.1 "Am Schwaneberger Weg" BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0137/09
7.10	Abwägung zum einfachen Bebauungsplan Nr. 451-3 "Karl-Schmidt- Straße" BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0140/09
7.11	Satzung zum einfachen Bebauungsplan Nr. 451-3 "Karl-Schmidt- Straße" BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0141/09
7.12	Benennung "Elbbahnhofplatz" BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0176/09
7.12.1	Benennung "Elbbahnhofplatz" Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!	DS0176/09/ 1
7.13	Behandlung der Stellungnahmen zur 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 103-2 E "Rothenseer Verbindungskanal" BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0078/09
7.14	1. Änderung B-Plan Nr. 103-2E "Rothenseer Verbindungskanal", Entwurf und öffentliche Auslegung BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0079/09

7.15	Antrag auf Einleitung eines Bauleitplanverfahrens für einen SB- und Fachmarkt am Standort Salbker Straße / Ecke Dodendorfer Straße BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0161/09
7.16	Wahl der zu entsendenden Vertreter der Landeshauptstadt Magdeburg in die Regionalversammlung der Regionalen Planungsgemeinschaft Magdeburg BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0310/09
7.17	Fachmitglieder und Stadträte des Umlegungsausschusses BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0170/09
7.18	Benennung "Platz der Begegnung" BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0177/09
7.19	Einleitung des Satzungsverfahrens für den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 354-8.1 "Halberstädter Chaussee 50-54" BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0124/09
8	Beschlussfassung durch den Stadtrat - Anträge	
8.1	Zukünftige Grundstücksnutzung CDU-Fraktion WV v. 26.02.09	A0019/09
8.1.1	Zukünftige Grundstücksnutzung	S0089/09
8.2	Erweiterung Spielplatz am Europaring SPD-Fraktion WV v. 26.03.09	A0057/09
8.2.1	Erweiterung Spielplatz am Europaring	S0113/09
8.3	Börderadweg CDU-Fraktion WV v. 26.03.09	A0070/09
8.3.1	Börderadweg	S0119/09

8.4	Ärztmangel in Magdeburg SPD-Fraktion WV v. 30.04.09	A0075/09
8.4.1	Ärztmangel in Magdeburg FDP-Fraktion	A0075/09/1
8.4.2	Ärztmangel in Magdeburg Ausschuss GeSo	A0075/09/2
8.4.3	Ärztmangel in Magdeburg Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!	A0075/09/3
8.4.4	Ärztmangel in Magdeburg	A0075/09/3/ 1
8.4.5	Ärztmangel in Magdeburg	S0160/09
8.5	Touristische Erschließung in Südost SPD-Fraktion WV v. 30.04.09	A0077/09
8.5.1	Touristische Erschließung in Südost Ausschuss StBV	A0077/09/1
8.5.2	Touristische Erschließung in Südost	S0168/09
8.6	Graffiti-Projekt in Magdeburg CDU-Fraktion WV v. 30.04.09	A0093/09
8.6.1	Graffiti-Projekt in Magdeburg	S0140/09
8.7	"Im Buckauer Engpass" Fraktion Bündnis 90/Die Grünen WV v. 28.05.09	A0106/09
8.7.1	"Im Buckauer Engpass"	S0194/09

8.8	Magdeburg - Sozialticket Fraktion DIE LINKE	A0134/09
8.9	Gedenktafel für Inhaftierte in den ehemaligen Festungsanlagen Magdeburgs Fraktion DIE LINKE	A0143/09
8.9.1	Gedenktafel für Inhaftierte in den ehemaligen Festungsanlagen Magdeburgs FDP - Fraktion	A0143/09/1
8.10	Projekt Polnisch - Deutsche Straße FDP - Fraktion	A0135/09
8.11	Luther-Pilgerweg FDP - Fraktion	A0136/09
8.12	Zuständigkeit für Bolzplätze bündeln FDP - Fraktion	A0137/09
8.13	Konsequenzen für die Magdeburger Gefahrenabwehrverordnung nach dem Freiburg-Urteil? FDP - Fraktion	A0144/09
8.14	Erweiterung des Alkoholverbots auf den Konrad-Adenauer-Platz Fraktion CDU/BfM	A0138/09
8.15	Abbau der Lichtsignalanlage Kreuzung Breiter Weg/Julius-Bremer- Straße Fraktion CDU/BfM	A0140/09
8.16	Unterstützung für das Projekt "Gang des Magdeburger Rechts" Fraktion CDU/BfM	A0141/09
8.17	Teiche an Magdeburger Anglerverein e. V. Fraktion CDU/BfM	A0145/09
8.18	Trinkwasser auf öffentlichen Plätzen Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	A0147/09

- 8.19 Emissionsfreie Mobilität A0148/09
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 8.20 Aussetzen der Umstellung des Sammelsystems der Wertstoffentsorgung A0152/09
Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!
- 8.21 Volkshochschule organisiert thematische Reisen in Magdeburger Partnerstädte A0133/09
Fraktion DIE LINKE
Ergänzend liegt der GO - Antrag auf Überweisung in die Ausschüsse K und BSS sowie in den Beirat der VHS vor.
- 8.22 Der "Lange Heinrich" - technisches Denkmal Magdeburgs A0139/09
Fraktion DIE LINKE
Ergänzend liegt der GO - Antrag auf Überweisung in die Ausschüsse K und StBV vor.
- 8.23 Bekenntnis zum Hochschulstandort Magdeburg A0142/09
Interfraktionell
- 8.24 Überprüfung auf Stasi-Mitarbeit A0130/09
Interfraktionell
- 8.25 Akteneinsicht gemäß § 44 (5) GO-LSA A0153/09
- 8.25.1 Akteneinsicht gemäß § 44 (5) GO-LSA A0153/09/1
- 9 Einwohnerfragestunde
Gemäß § 27 Abs. 2 der Gemeindeordnung LSA führt der Stadtrat zwischen 17.00 Uhr und 17.30 Uhr eine Einwohnerfragestunde durch.
- 9.1 Herr Arndt Garagenkomplex Berliner Chaussee
- 10 Anfragen und Anregungen an die Verwaltung
- 11 Informationsvorlagen

11.1	Zwischenbericht der Arbeitsgruppe "FUNPARK" des "Kriminalpräventiven Beirates"	I0134/09
11.2	Wasserqualität im Neustädter See	I0140/09
11.3	Prüfauftrag zur 1. Änderung der Parkgebührenordnung	I0146/09
11.4	Solarprojekte ausweiten	I0147/09
11.5	Verlauf und wesentliche Ergebnisse der Einwohnerversammlung im Stadtteil Sudenburg am 23. April 2009	I0149/09
11.6	Information zum Änderungsantrag DS0434/08/3 "Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes bis 2012"	I0159/09
11.7	Wissenschaftssommer 2010 in der Landeshauptstadt Magdeburg	I0168/09
11.8	Sichtbarmachung "Sudenburger Tor" einschließlich Leitungsumverlegungen und Archäologie	I0173/09
11.9	Unterstützung für Karstadt-Kaufhaus Magdeburg	I0180/09
11.10	Unterstützung des Quelle- Communication-Center in Magdeburg	I0187/09

	Nichtöffentliche Sitzung	
12	Anfragen an die Verwaltung	
12.1	Verhandlungen mit dem Bundesverkehrsminister/Regionalkonferenz Schiffshebewerk Interfraktionell	A0149/09
13	Information über Eilentscheidungen des Oberbürgermeisters	
13.1	Eilentscheidung gemäß § 62 Abs. 4 GO LSA	I0189/09
13.2	Eilentscheidung gemäß § 62 Abs. 4 GO LSA	I0192/09
14	Beschlussfassung durch den Stadtrat	
14.1	Berufung von 3 Ehrenbeamten in das Ehrenbeamtenverhältnis BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung	DS0131/09
14.2	Personalangelegenheit BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung	DS0350/09
14.3	Verkauf eines Grundstückes BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen	DS0184/09
14.3.1	Verkauf eines Grundstückes	DS0184/09/ 1
14.4	Ankauf eines Grundstückes BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen	DS0281/09
14.4.1	Ankauf eines Grundstückes	DS0281/09/ 1

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit und Durchführung feststellender Beschlüsse

Die Vorsitzende des Stadtrates Frau Wübbenhorst eröffnet die 2.(V) Sitzung und begrüßt die anwesenden Stadträtinnen und Stadträte, Ortsbürgermeister, Gäste und Mitarbeiter der Verwaltung. Sie stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Soll	56 Stadträtinnen/Stadträte		
Oberbürgermeister	1		
Zu Beginn anwesend	44	“	“
maximal anwesend	50	“	“
entschuldigt	7	“	“

Anläßlich des 48. Jahrestages des Mauerbaus erfolgt eine Gedenkminute.

Die Vorsitzende des Stadtrates Frau Wübbenhorst informiert, dass der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper in seiner Dienstberatung am 23.06.2009 folgende Anträge auf Auszeichnung nach § 7 Ehrenbürgerschaft mit der „Stadtplakette der Landeshauptstadt Magdeburg“ beschlossen hat:

Kleingartenverein Reichsbahnsparte-Buckau e.V.
 Eingereicht am 08.006.2009
 Gründungsdatum 07.08.1909
 „Stadtplakette der Landeshauptstadt Magdeburg“ in Gold
 DS 0263/09 – Beschlussnummer 193-24/09

und

Bäckerei Jörg Braune
Eingereicht am 25.05.2009
Gründungsdatum 09.01.1909
„Stadtplakette der Landeshauptstadt Magdeburg“ in Gold
DS 0265/09 – Beschlussnummer 194-24/09

Die Vorsitzende des Stadtrates Frau Wübbenhorst verpflichtet den Stadtrat Herrn Heynemann, Fraktion CDU/BfM gemäß der §§ 30 – 32 der GO LSA.

Durch feststellenden Beschluss nimmt der Stadtrat zustimmend zur Kenntnis:

Beschluss-Nr. 010-002(V)09

In die beratenden Ausschüsse werden- entsprechend der Hauptsatzung der Landeshauptstadt Magdeburg §7 Abs.1 (d) in der geltenden Fassung – je drei (3) sachkundige Einwohner berufen.

Das Verfahren erfolgte nach § 46 Abs.1 GO-LSA.

Auf Vorschlag der Fraktionen werden widerruflich in die beratenden Ausschüsse des Stadtrates berufen:

Evelyn Edler	(DIE LINKE)
Armin Minkner	(BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN)
Sabine Wölfer	(CDU/BfM)

in den Ausschuss für Rechnungsprüfung und Beteiligungscontrolling

Sven Haller	(FDP)
Oliver Schilling	(SPD-Tierschutzpartei-future!)
Ronald Bahrs	(CDU/BfM)

in den Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten

Wolfgang Schmicker	(DIE LINKE)
Dorothea Frederking	(BÜNDNIS90/ DIE GRÜNEN)
Josef Fassl	(SPD-Tierschutzpartei-future!)

in den Umwelt- und Energieausschuss

Dagmar Brüning	(DIE LINKE)
Rainer Löhr	(SPD-Tierschutzpartei-future!)
Petra Schubert	(CDU/BfM)

in den Kulturausschuss

Hans-Joachim Mewes	(DIE LINKE)
Daniela Martin	(SPD-Tierschutzpartei-future!)
Dr. Joachim Köhler	(CDU/BfM)

in den Ausschuss für Bildung, Schule und Sport

Dr. Jürgen Hildebrand	(DIE LINKE)
Andreas Poppe	(SPD-Tierschutzpartei-future!)
Christoph Kusig	(CDU/BfM)

in den Ausschuss für Gesundheit und Soziales

Claudia Fund	(FDP)
Michaela Frohberg	(BÜNDNIS/90 DIE GRÜNEN)
Christian Hausmann	(SPD-Tierschutzpartei-future!)

in den Ausschuss für Familie und Gleichstellung

Iris Gottschalk	(DIE LINKE)
Gerhard Unger	(SPD-Tierschutzpartei-future!)
Christian Köhler	(CDU/BfM)

in den Ausschuss für Regionalentwicklung, Wirtschaftsförderung und kommunale Beschäftigungspolitik

Auf Antrag der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! nimmt der Stadtrat durch feststellenden Beschluss zustimmend zur Kenntnis:

Beschluss-Nr. 011-002(V)09

Die Entsendung des Stadtrates Mirko Stage, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! in den Aufsichtsrat der MVGM wird zurückgenommen.

Die Entsendung der Stadträtin Andrea Hofmann, SPD-Tierschutzpartei-future! in den Aufsichtsrat der MVGM wird bestätigt.

2. Bestätigung der Tagesordnung

1. Erweiterung der TO

A0153/09 – Akteneinsicht gemäß § 44 (5) GO-LSA
Interfraktionell

(2/3 Mehrheit angenommen) als TOP **8.26**

2. zurückgezogene TOP

Die TOP 5

Entscheidung über die Gültigkeit der Wahl zum Stadtrat

7.19

DS0124/09
Einleitung des Satzungsverfahrens für den vorhaben-
bezogenen Bebauungsplan Nr. 354-8.1 „Halberstädter
Chaussee 50 – 54“

werden von der heutigen Tagesordnung **zurückgezogen**.

Der TOP 8.7

A0106/09
„Im Buckauer Engpass“
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen“

wird von der heutigen Tagesordnung **zurückgezogen**.

Die veränderte Tagesordnung wird vom Stadtrat mehrheitlich, bei 0 Neinstimmen und 1 Enthaltung **bestätigt**.

3. Bestätigung der Beschlussprotokolle der 84.(IV) Sitzung vom 25.06.09 und der 1.(V) Sitzung vom 02.07.09
-

Beschlussprotokoll der 84. (IV) Sitzung des Stadtrates vom 25.06.2009

Redaktionelle Änderung der Verwaltung:

Auf der Seite 46 sind unter TOP 6.16 im 1. Absatz, 2. Zeile und im Beschlusstext die Ausschüsse FG und KRB zu streichen.

Redaktionelle Änderung der CDU/BfM-Fraktion:

Auf der Seite 43

Im Kurztitel unter 6.8 muss es richtig heißen:

CDU-Fraktion

Auf der Seite 67 muss unter TOP 11.7 die Beschluss-Nr. richtig heißen:

Beschluss-Nr. 3075-84-(IV)09

Das redaktionell geänderte Beschlussprotokoll der 84. (IV) Sitzung des Stadtrates vom 25.06.09 wird mehrheitlich, bei 0 Neinstimmen und zahlreichen Enthaltungen **bestätigt**.

Beschlussprotokoll der 001. (V) Sitzung des Stadtrates vom 02.07.2009

Redaktionelle Änderung der Verwaltung:

Auf der Seite 11 muss die letzte Ausschussbezeichnung richtig heißen:

Theaterausschuss

Auf der Seite 18 muss unter TOP 9.3 die Beschluss-Nr. richtig lauten:

Beschluss-Nr. 009-1(V)09

Redaktionelle Änderung der CDU/BfM-Fraktion:

Auf der Seite 3 muss es unter TOP 2 richtig heißen:

SPD-Tierschutzpartei-future!
CDU/BfM

Auf der Seite 6 muss es unter Wahl des 2. stellv. Vorsitzenden des Stadtrates 2x richtig heißen:

Stadträtin Claudia Szydzick - **CDU/BfM-Fraktion**

Das redaktionell geänderte Beschlussprotokoll der 1. (V) Sitzung des Stadtrates vom 02.07.09 wird einstimmig **bestätigt**.

4. Bekanntgabe der von den beschließenden Ausschüssen und sonst in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Hierzu liegt eine Tischinformation vor.

5. Entscheidung über die Gültigkeit der Wahl zum Stadtrat
(§ 51 KWG LSA)
BE: Stadtwahlleiter

Der TOP 5 wurde von der heutigen Tagesordnung zurückgezogen.

Bezüglich der Nachfrage des Stadtrates Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, zum Grund des Zurückziehens des TOP's teilt der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper mit, dass es einen Wahleinspruch gibt.

6. Information über eine Eilentscheidung des Oberbürgermeisters zur Beschaffung von zwei Katastrophenschutzfahrzeugen aus dem Konjunkturpaket II - Vorfahrtsbeschluss des Stadtrates vom 28.05.2009 (DS 0173/09) I0181/09
-

Die vorliegende Information I0181/09 wird zur Kenntnis genommen.

7. Beschlussfassung durch den Stadtrat
-

- 7.1. Bestätigung der Wahl der Ortsbürgermeister von Beyendorf/Sohlen, Pechau und Randau/Calenberge gemäß § 88 Abs. 1 GO LSA DS0322/09
BE: Oberbürgermeister
-

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei 0 Neinstimmen und einigen Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 012-002(V)09

Der Stadtrat bestätigt die Wahl des Ortsbürgermeisters von Beyendorf/Sohlen, Herrn Otto Preuß, des Ortsbürgermeisters von Pechau, Herrn Bernd Dommning und des Ortsbürgermeisters von Randau/Calenberge, Herrn Günter-Erhard Kräuter gemäß § 88 Absatz 1 Satz 2 der Gemeindeordnung des Landes Sachsen-Anhalt.

- 7.2. Bestellung der Beschäftigtenvertreter für den Betriebsausschuss DS0309/09
Kommunales Gebäudemanagement
BE: Oberbürgermeister
-

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 013-002(V)09

Der Stadtrat bestellt gemäß § 8 Abs. 3 des EigBG des Landes Sachsen-Anhalt auf Vorschlag des Personalrates des Eigenbetriebes Kommunales Gebäudemanagement

Frau Michaela Obenauff und
Herrn Peter Wieland

als Beschäftigtenvertreter des Betriebsausschusses Kommunales Gebäudemanagement.

- 7.3. Bestellung der Beschäftigtenvertreter für den Betriebsausschuss DS0284/09
des Städtischen Abfallwirtschaftsbetriebes
BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine
Verwaltung
-

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschlus-Nr. 014-002(V)09

Der Stadtrat bestellt gemäß § 8 Abs. 3 des EigBG des Landes Sachsen-Anhalt auf Vorschlag des Personalrates des Städtischen Abfallwirtschaftsbetriebes

Herrn Reinhardt Brett und
Herrn Jörg Richter

als Beschäftigtenvertreter des Betriebsausschusses des Städtischen Abfallwirtschaftsbetriebes.

- 7.4. Bestellung der Beschäftigtenvertreter für den Betriebsausschuss des Eigenbetriebes Stadtgarten und Friedhöfe Magdeburg DS0324/09
BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen
-

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 015-002(V)09

Gemäß § 8 Abs. 3 des EigBG des Landes Sachsen-Anhalt bestellt der Stadtrat auf Vorschlag des Personalrates des Eigenbetriebes Stadtgarten und Friedhöfe Magdeburg

Frau Eva Fischer und Herrn Ralf Blitz

als Beschäftigtenvertreter des Betriebsausschusses Stadtgarten und Friedhöfe Magdeburg.

- 7.5. Jahresabschluss 2008 des Eigenbetriebes Stadtgarten und Friedhöfe Magdeburg (SFM) DS0237/09
BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen
-

Es liegt der Änderungsantrag DS0237/09/1 des Oberbürgermeisters vor.

Der BA SFM und der Ausschuss RPB empfehlen die Beschlussfassung.

Gemäß Änderungsantrag DS0237/09/1 des Oberbürgermeisters **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Beschlusstext der DS0237/09 ist wie folgt zu ändern:

„Der Jahresabschluss 2008 des Eigenbetriebes Stadtgarten und Friedhöfe Magdeburg (SFM) auf den 31.12.2008 wird festgestellt:

1.	Feststellung des Jahresabschlusses	
1.1.	Bilanzsumme	21.417.444,01 EUR
1.1.1.	davon entfallen auf der Aktivseite auf	
	- das Anlagevermögen	14.188.696,01 EUR
	- das Umlaufvermögen	7.217.187,37 EUR
1.1.2.	davon entfallen auf der Passivseite auf	
	- das Eigenkapital	6.244.284,99 EUR
	- Rückstellungen	3.712.052,00 EUR
	- Verbindlichkeiten	4.075.956,13 EUR
1.2.	Jahresgewinn	75.990,83 EUR
1.2.1.	Summe der Erträge	12.758.186,11 EUR
1.2.2.	Summe der Aufwendungen	12.682.195,28 EUR

2.	Verwendung des Jahresgewinns	75.990,83 EUR
a)	Zur Tilgung des Verlustvortrages	23.154,52 EUR
b)	Vortrag auf neue Rechnung	52.836,31 EUR
	zur Einstellung in zweckgebundene Rücklage	38.745,52 EUR
c)	zur Abführung an den Haushalt des Aufgabenträgers	14.090,79 EUR

~~3. Der Stadtrat beschließt, den Jahresgewinn in Höhe von 52.836,31 EUR an die
Landeshauptstadt Magdeburg abzuführen.~~

4. **3.** Der Betriebsleiterin, Frau Simone Andruscheck, wird gemäß § 18 Eigenbetriebsgesetz Entlastung erteilt.“

Der Stadtrat **beschließt** unter Beachtung des Änderungsantrages DS0237/09/1 des Oberbürgermeisters einstimmig:

Beschluss-Nr. 016-002(V)09

„Der Jahresabschluss 2008 des Eigenbetriebes Stadtgarten und Friedhöfe Magdeburg (SFM) auf den 31.12.2008 wird festgestellt:

1.	Feststellung des Jahresabschlusses	
1.1.	Bilanzsumme	21.417.444,01 EUR
1.1.1	davon entfallen auf der Aktivseite auf	
	- das Anlagevermögen	14.188.696,01 EUR
	- das Umlaufvermögen	7.217.187,37 EUR
1.1.2	davon entfallen auf der Passivseite auf	
	- das Eigenkapital	6.244.284,99 EUR
	- Rückstellungen	3.712.052,00 EUR
	- Verbindlichkeiten	4.075.956,13 EUR
1.2.	Jahresgewinn	75.990,83 EUR
1.2.1.	Summe der Erträge	12.758.186,11 EUR
1.2.2.	Summe der Aufwendungen	12.682.195,28 EUR
2.	Verwendung des Jahresgewinns	75.990,83 EUR
d)	Zur Tilgung des Verlustvortrages	23.154,52 EUR
e)	zur Einstellung in zweckgebundene Rücklage	38.745,52 EUR
f)	zur Abführung an den Haushalt des Aufgabenträgers	14.090,79 EUR
3.	Der Betriebsleiterin, Frau Simone Andruscheck, wird gemäß § 18 Eigenbetriebsgesetz Entlastung erteilt.“	

- 7.6. Neues Kommunales Haushalts- und Rechnungswesen (NKHR) - DS0256/09
 Beschluss der Budgets und Deckungskreise für den konsumtiven
 Haushalt
 BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen
-

Der Beigeordnete für Finanzen und Vermögen Herr Zimmermann bringt die Drucksache DS0256/09 anhand einer Power-point-Präsentation umfassend ein. Er bittet darum, die vorliegende Drucksache DS0256/09 zur Kenntnis zu nehmen.

Der Ausschuss FG hat die Drucksache DS0256/09 vertagt.

Der Stadtrat nimmt die vorliegende Drucksache DS0256/09 zur Kenntnis.

- 7.7. Neues Kommunales Haushalts- und Rechnungswesen (NKHR) - DS0178/09
 Konzept für die Investitionen im doppelten Haushalt
 BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen
-

Der Beigeordnete für Finanzen und Vermögen Herr Zimmermann bringt die Drucksache DS0178/09 umfassend ein.

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrages DS0178/09/1.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Wähnelt weist auf eine Diskrepanz zwischen dem Punkt 2 des Beschlusstextes und der Seite 4 der Begründung hin.

Der Beigeordnete für Finanzen und Vermögen Herr Zimmermann signalisiert, dass der Satz auf der Seite 4 dem Satz im Beschlusstext Punkt 2 angepasst wird. (Bis zur Beschlussfassung der EW Bau durch den Stadtrat werden ausschließlich Planungsmittel im Haushalt der Landeshauptstadt Magdeburg veranschlagt.)

Nach Hinweis des Stadtrates Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur geführten Diskussion im Ausschuss FG zum Punkt 3 des Beschlussvorschlages stellt der Vorsitzende des Ausschusses FG Stadtrat Stern fest, dass dieses Verfahren nicht neu ist.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper macht klarstellende Ausführungen zum Verfahren.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat gemäß Änderungsantrag DS0178/09/1 des Ausschusses FG einstimmig:

Der Finanz- und Grundstücksausschuss empfiehlt im Beschlussvorschlag der DS0178/09 in Punkt 2, 2. Zeile **das Wort Kostenberechnung durch Kostenschätzung zu ersetzen.**

Der Stadtrat **beschließt** unter Beachtung des Änderungsantrages DS0178/09/1 des Ausschusses FG mehrheitlich, bei 0 Gegenstimmen und einigen Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 017-002-(V)09

Der Stadtrat beschließt im Rahmen der Einführung des Neuen Kommunalen Haushalts- und Rechnungswesen ab 01.01.2010,

1. dass Investitionen ab einer Wertgrenze von 60 Tsd. EUR Gesamtumfang einzeln ausgewiesen werden. Für alle Maßnahmen ab diesem Umfang müssen Pläne, Kostenberechnungen, Bauzeitpläne und Jahresraten vor der Gesamtveranschlagung im Haushaltsplan vorliegen.
2. dass für Investitionen mit einem Gesamtwertumfang von mehr als 500.000 EUR ein Grundsatzbeschluss inklusive Kostenschätzung zu erarbeiten ist. Bis zur Beschlussfassung der EW Bau durch den Stadtrat werden ausschließlich Planungsmittel im Haushalt der Landeshauptstadt Magdeburg veranschlagt.
3. dass Investitionen ab 1,5 Mio. EUR Gesamtumfang von erheblicher finanzieller Bedeutung für die Landeshauptstadt Magdeburg sind (§ 11 GemHVO Doppik). Bei Maßnahmen von derartiger Bedeutung ist vor deren Beschlussfassung und Veranschlagung im Haushaltsplan unter mehreren in Betracht kommenden Möglichkeiten durch Wirtschaftlichkeitsvergleich, mindestens durch einen Vergleich der Anschaffungs- oder Herstellungskosten und der Folgekosten die für die Gemeinde wirtschaftlichste Lösung zu ermitteln.

7.8. Zukünftiges Betreiberkonzept

DS0156/09

BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen

Zur Beratung liegen vor:

- Änderungsantrag DS0156/09/1 der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!
- Änderungsantrag DS0156/09/2 der Fraktion DIE LINKE

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper bringt die Drucksache DS0156/09 ein und stellt dabei klar, dass in den nächsten 2 Jahren die Panoramabahn wie bisher betrieben wird. Es wird sorgfältig in dieser Zeit geprüft, ob es eine sinnvolle Nachnutzung der Panoramabahn, wie z.B. als Verbinder zu den Hochschulen oder als Elbüberquerung bis zum Uni-Campus, geben kann.

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Vorsitzende der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! Stadtrat Bromberg begründet den vorliegenden Änderungsantrag DS0156/09/1.

Stadträtin Meinecke, Fraktion DIE LINKE, bringt den Änderungsantrag DS0156/09/2 ein. Bezüglich des Punktes 2 des Änderungsantrages DS0156/09/1 der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! hält sie die Frist für die Überprüfung des Konzeptes für zu kurz und empfiehlt eine Fristverlängerung.

Der Vorsitzende der Fraktion CDU/BfM Stadtrat Schwenke hält die im Punkt 2 des Änderungsantrages DS0156/09/1 der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! für ausreichend und schließt sich im Namen seiner Fraktion dem Änderungsantrag an.

Stadtrat Herbst, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen begrüßt die vorliegende Drucksache DS0156/09 und spricht sich gegen die Annahme des Änderungsantrages DS0156/09/2 der Fraktion DIE LINKE aus.

Stadtrat Canehl, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, begrüßt die Idee des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper bezüglich der Nachnutzung der Panoramabahn.

Stadtrat Lischka, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! hält den Änderungsantrag DS0156/09/2 der Fraktion DIE LINKE für trügerisch und wirbt in seinen Ausführungen für die Annahme des Änderungsantrages DS0156/09/1 seiner Fraktion.

Der Vorsitzende der FDP-Fraktion Stadtrat Hans-Jörg Schuster folgt der Drucksache DS0156/09 in der vorliegenden Form.

Stadtrat Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen geht auf die Chronologie bezüglich der Weiterführung des Elbauenparks ein. Er empfiehlt, der Drucksache in der vorliegenden Fassung zu folgen.

Stadtrat Stern, Fraktion CDU/BfM nimmt ebenfalls zur Problematik „Panoramabahn“ Stellung und spricht sich dafür aus, den Park in der jetzigen Form zu erhalten. Er bezeichnet ihn als Vorzeigepark für die Landeshauptstadt Magdeburg.

Stadtrat Dr. Kutschmann, Fraktion CDU/BfM, hält es in seinen Ausführungen für fraglich, ob die Stadt Magdeburg es sich bei der derzeitigen finanziellen Lage auf Dauer leisten kann, die Elbauenpark jährlich mit 1,7 Mio Euro zu bezuschussen.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper stellt bezüglich der Anmerkungen des Stadtrates Dr. Kutschmann, Fraktion CDU/BfM, klar, dass es nicht allein um den Park geht, sondern auch um den Elbauturm, Rodelbahn, Sportanlagen, Schmetterlingshaus etc. geht.

Nach weiterer Diskussion **beschließt** der Stadtrat gemäß Änderungsantrag DS0156/09/1 der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen:

1. Beschlusspunkt 4 wird wie folgt gefasst:

4. Nach Ablauf der Förderbestimmungen ist die Panoramabahn stillzulegen. **Eine Vermarktung der Panoramabahn für touristische oder verkehrliche Zwecke zum Beispiel unter Einbeziehung der MVB oder anderer potenzieller Partner ist anzustreben.**

2. Es wird ein weiterer Beschlusspunkt angefügt:

7. Eine Überprüfung und Auswertung der Konzeption zur Weiterführung des Elbauenparks erfolgt nach zwei Jahren. Dann ist auch abschließend über die Panoramabahn zu entscheiden.

Mit der Beschlussfassung zum Änderungsantrag DS0156/09/1 der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! hat sich eine Beschlussfassung zum Änderungsantrag DS0156/09/2 der Fraktion DIE LINKE **erübrigt**.

Der Stadtrat **beschließt** unter Beachtung des Änderungsantrages DS0156/09/1 der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 018-002(V)09

Der Stadtrat nimmt die Untersuchungsergebnisse der drei möglichen Entwicklungsszenarien des Elbauenparks ab dem Jahr 2010 (Anlage 1) zur Kenntnis und beschließt:

1. Der Elbauenpark wird auch nach Auslaufen der wesentlichsten Fördermittelbindungen nach dem 31.12.2009 als geschlossene eintrittspflichtige Einrichtung weitergeführt.
2. Die Bewirtschaftung des Elbauenparks erfolgt in der bisherigen Form durch die gemeinnützige Gesellschaft Natur- und Kulturpark Elbaue GmbH (NKE) in Verbindung mit der Geschäftsbesorgung aller Aufgabenbereiche durch die Messe- und Veranstaltungsgesellschaft Magdeburg GmbH (MVGGM).
3. Der im städtischen Haushaltsplan im Jahr 2010 für NKE geplante Zuschussbedarf in Höhe von 1.800.000 EUR wird um 30.000 EUR auf einen Betrag in Höhe von 1.770.000 EUR reduziert.
4. Nach Ablauf der Förderbestimmungen ist die Panoramabahn stillzulegen. Eine Vermarktung der Panoramabahn für touristische oder verkehrliche Zwecke zum Beispiel unter Einbeziehung der MVB oder anderer potenzieller Partner ist anzustreben.
5. Die eingeleiteten Untersuchungen hinsichtlich einer Kostenoptimierung durch Verringerung der zu bewirtschaftenden Flächen auf dem Kleinen und Großen Cracauer Anger sind weiter-zuführen mit dem Ziel, ohne wesentliche Einschränkungen in der Qualität der Parkanlage eine Kostenreduzierung zu erreichen. Fragen des Urheberrechtsschutzes sind einzubeziehen.
6. Mittelfristig sind im Rahmen der Haushaltskonsolidierung der Landeshauptstadt Magdeburg von der NKE jährlich 3 % Konsolidierungspotential in Bezug auf die Bezuschussung zu erwirtschaften. Entsprechend entwickelt sich der städtische Zuschussbedarf der NKE für die nächsten Jahre wie folgt:

2011:	1.716.000 EUR
2012:	1.664.000 EUR
2013:	1.614.000 EUR
7. Eine Überprüfung und Auswertung der Konzeption zur Weiterführung des Elbauenparks erfolgt nach zwei Jahren. Dann ist auch abschließend über die Panoramabahn zu entscheiden.

7.9.	Einleitung des Satzungsverfahrens zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 489-1.1 "Am Schwaneberger Weg"	DS0137/09
<hr/>		
	BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	

Die Ausschüsse StBV und UwE empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei einigen Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 019-002(V)09

1. Für das Gebiet in der Flur 486, das umgrenzt wird:

- im Norden durch die Nordgrenze des Flurstückes 3086/1 und ihre gedachte westliche Verlängerung innerhalb des Flurstückes 3085/2,
- im Osten durch die Ostgrenze des Flurstückes 3086/1, die Nordgrenze der Flurstücke 10015 und 10016, die Ostgrenze des Flurstückes 10016 sowie die Südgrenze der Flurstücke 10015 und 10016,
- im Süden durch die Südgrenze der Flurstücke 3085/2 und 3086/1,
- im Westen durch die Westgrenze des Flurstückes 3085/2,

wird auf Antrag des Vorhabenträgers ein Satzungsverfahren zu einem vorhabenbezogenen Bebauungsplan gemäß § 12 Abs. 2 BauGB eingeleitet. Das in seiner Begrenzung vorstehend beschriebene Gebiet ist im beiliegenden Lageplan, der einen Bestandteil des Beschlusses bildet, dargestellt.

2. Planungsziel ist die Ausweisung von Bauland zur Errichtung einer Einfamilienhausbebauung.

Im Flächennutzungsplan der Landeshauptstadt Magdeburg ist die Fläche, auf der das Vorhaben errichtet werden soll, als Grünfläche dargestellt.

Der Flächennutzungsplan der Landeshauptstadt Magdeburg ist im Parallelverfahren zu ändern.

3. Die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Abs. 1 Satz 1 BauGB soll nach ortsüblicher Bekanntmachung durch 14-tägige Offenlegung des Einleitungsbeschlusses, begleitet durch Sprechstunden während der Dienstzeiten im Stadtplanungsamt Magdeburg und durch eine Bürgerversammlung erfolgen.

7.10. Abwägung zum einfachen Bebauungsplan Nr. 451-3 "Karl-Schmidt-Straße"

DS0140/09

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Die Ausschüsse UwE und StBV empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 020-002(V)09

1. Die im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 und 2 BauGB und während der öffentlichen Auslegung des Entwurfes des einfachen Bebauungsplanes Nr. 451-3 „Karl-Schmidt-Straße“ vorgebrachten Anregungen hat der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg gemäß § 1 Abs. 7 und § 3 Abs. 2 BauGB mit folgendem Ergebnis geprüft:

Der Berücksichtigung von Stellungnahmen entsprechend dem Abwägungsergebnis wird zugestimmt. Die Abwägung, Anlage zur Drucksache, wird gebilligt.

2. Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr beschließt vorbehaltlich der abschließenden Entscheidung des Stadtrates über die vorgebrachten Stellungnahmen (Abwägungskatalog).

Zur Behandlung der Stellungnahmen ergeht folgender Einzelbeschluss:

2.1 Stellungnahme der Industrie- und Handelskammer, Schreiben vom 13.02.2009:

a) Stellungnahme:

Für im Geltungsbereich bereits bestehende Einzelhandelseinrichtungen wird der Bestandsschutz gewährleistet. Aus Sicht der IHK Magdeburg ist dies in die textlichen Festsetzungen zu integrieren.

b) Abwägung:

Ein ohnehin gesicherter Bestandsschutz muss nicht noch als Festsetzung in den B-Plan aufgenommen werden. Damit würde der B-Plan zu einem Instrument nicht sinnhafter Überregulierung.

Beschluss: Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

3. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, gemäß § 3 Abs. 2 BauGB die Behörden und Träger öffentlicher Belange, die Anregungen vorgebracht haben, von diesem Ergebnis der Abwägung unter Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.

Das Abstimmungsergebnis (mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen angenommen) zum Änderungsantrag DS0176/09/1 der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! wird von der Vorsitzenden der Fraktion DIE LINKE Stadträtin Frömert angezweifelt und die Abstimmung wird wiederholt.

Gemäß Änderungsantrag DS0176/09/1 der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! **beschließt** der Stadtrat mit 25 Ja-, 18 Neinstimmen und 4 Enthaltungen:

Der Stadtrat möge beschließen:

Den an die Straßen „Zum Domfelsen“ und „Im Elbbahnhof“ anliegenden Platz als

„Platz am Elbbahnhof“

zu benennen.

Der Stadtrat **beschließt** unter Beachtung des Änderungsantrages DS0176/09/1 der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 022-002(V)09

Der Stadtrat beschließt die Benennung des an die Straßen „Zum Domfelsen“ und „Im Elbbahnhof“ anliegenden Platzes im Baugebiet 142-1 Elbbahnhof/Südliches Stadtzentrum als

„Platz am Elbbahnhof“

Grundstücksbesitzers eine geeignete Ausgleichsfläche außerhalb des Plangebietes, aber in unmittelbarer Nähe gefunden. Diese Fläche befindet sich ebenfalls im Eigentum des Einwenders. So kann der zusätzliche Eingriff durch geeignete Maßnahmen kompensiert werden.

Beschluss 2.1: Der Stellungnahme wird gefolgt.

2.2. Stellungnahme des NABU Kreisverbandes Magdeburg und des Landesverbandes Sachsen-Anhalt des Bundes für Natur und Umwelt e.V., Schreiben vom 27.03. und 28.03.08:

a) Stellungnahme:

Der B-Plan 103-2E stellt die kleine Restfläche des einst großen Feuchtwiesenareales unter Biotopschutz. Eine sichere Bank ist das aber dann nicht, wenn sich das Gewerbegebiet des Hansehafens im Verlauf der Jahre gut entwickelt und weitere Flächen benötigt werden.

Durch die großflächige Erschließung der etwa 100 ha großen Bebauungsfläche am Rothenseer Verbindungskanal, der damit verbundenen Aufschüttung zur Erschließung für die Bebauung, hat die geschützte Restfläche im Norden des Plangebietes an Bedeutung für Fauna und Flora erheblich eingebüßt. In den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts begann der Verlust dieser einst artenreichen westelbischen Elbaue, die sich in Süd-Nord-Richtung mit ihren Qualmwasserbereichen im Frühjahr entlang der alten Glindenberger Landstraße und des alten Elbdeichs erstreckte. Durch die angesiedelten Industriestandort hatte die stark eutrophiede Restfläche durch Verrohrung nur noch wenige Feuchtstellen. In den feuchten Hohlräumen der teils wilden Bauschuttverkipfung haben sich einige Amphibienarten erhalten, weil sie nach Süden noch offene Ackerflächen und Reste von Wiesen fanden. Durch den Verlust dieser Flächen mit temporären Flutsenken hat das Biotop als Rückzugsgebiet für Amphibien an Bedeutung nach § 37 verloren. Für den Verlust des geschützten Biotops mit Flutmulden im Baugebiet Hansehafen fordern wir ein Ersatzbiotop mit Schutzstatus. Da es in der Gemarkung Rothensee keine Voraussetzung für ein Biotop mit dem Grundwasser nahstehenden Böden mehr gibt, bieten sich dafür Flächen ganz in der Nähe östlich des Rothenseer Verbindungskanals in der Gemarkung Glindenberg an.

Es werden zwei potentiell geeignete Flächen zwischen Verbindungskanal und Elbdeich südlich der A2 oder nördlich der A2, östlich an die Siedlung Schiffshebewerk anschließend, vorgeschlagen.

Beide Flächen sollten in die Grenzen des Biosphärenreservats Mittelelbe einbezogen oder ihm gleichgestellt werden.

b) Abwägung:

Der Stellungnahme kann nicht gefolgt werden.

Begründung:

Diese Stellungnahme bezieht sich auf den gesamten Planinhalt des Bebauungsplanes Nr. 103-2E.

Gegenstand des laufenden Änderungsverfahrens sind jedoch Vorhaben in Teilbereichen, die unter Ausgleichsaspekten keine erheblichen Umweltwirkungen verursachen.

Die im nordöstlichen Bereich des Bebauungsplanes liegende, nach § 37 NatSchG LSA gesetzlich geschützte Biotopfläche, bleibt von der Änderung des Bebauungsplanes unberührt. Mit der nachrichtlichen Übernahme der Biotopfläche nach § 37 NatSchG LSA

in den Bebauungsplan und der angrenzenden Ausweisung von Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft in etwa der gleichen Flächengröße wird in Abstimmung mit der Unteren Naturschutzbehörde sichergestellt, dass die Belange des Naturschutzes nachhaltig berücksichtigt worden sind. Die Belegung zusätzlicher Flächen außerhalb des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes mit Maßnahmen zum Schutz, Pflege und Entwicklung von Natur und Landschaft, wie vom NABU und Vom Bund für Natur und Umwelt e.V. gefordert, ist demnach nicht erforderlich. Es wird außerdem darauf hingewiesen, dass die vorgeschlagenen Flächen bereits teilweise mit Naturschutzmaßnahmen des Wasserstraßen-Neubauamtes belegt sind.

Beschluss 2.2.: Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

2.3. Stellungnahme der unteren Immissionsschutzbehörde vom 14.04.08:

a) Stellungnahme:

Aus immissionsschutzrechtlicher Sicht bestehen keine Bedenken unter der Voraussetzung, dass eine textliche Festsetzung zur Lärmkontingentierung der Bauflächen aufgenommen wird.

Die seit vielen Jahren ausgeübte Praxis im Industrie- und Gewerbegebiet von Immissionsanteilen für genehmigungsbedürftige Anlagen nach einem erweiterten Irrelevanzkriterium der TA Lärm ist, wegen der Vielzahl der Einzelgenehmigungen, an ihre Grenzen gestoßen. Mit der Festsetzung von zulässigen Emissionen, die unter Berücksichtigung bereits vorhandener Nutzungen im Einwirkungsbereich und des Schutzanspruchs ermittelt werden, wird die Obergrenze für die Geräuschbelastung der Betroffenen festgeschrieben. Hierdurch werden im Verfahren der Bauleitplanung, aber auch bei der späteren Umsetzung im konkreten Genehmigungsverfahren, Anforderungen an die schalltechnische Planung gestellt. Als wesentliches Ergebnis erhält man jedoch ein hohes Maß an Planungssicherheit, sowohl für einen potentiellen Ansiedler als auch für die Betroffenen sowie eine optimale Ausnutzung unter schalltechnischen Gesichtspunkten. Mit der Festsetzung von Emissionskontingenten werden weitere Ansiedlungen ermöglicht, ohne dass an den relevanten Immissionsorten mit Richtwertüberschreitungen zu rechnen ist.

b) Abwägung:

Auch wenn die Festsetzung der Emissionskontingente keine unmittelbare Relevanz zum Anlass des Änderungsverfahrens des bereits rechtsverbindlichen B-Planes aufweist, wird die Festsetzung dieser Kontingente gemäß der Stellungnahme der Immissionsschutzbehörde im B-Plan vorgenommen. Damit wird der notwendigen Sicherung gesunder Wohn- und Arbeitsverhältnisse im Sinne des § 6 Abs. 1 BauGB Rechnung getragen.

Beschluss 2.3.: Der Stellungnahme wird gefolgt.

3. Der Oberbürgermeister wird beauftragt gemäß § 3 Abs. 2 BauGB die Bürger, Behörden und Träger öffentlicher Belange, die Anregungen vorgebracht haben, von diesem Ergebnis der Abwägung unter Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.

- 7.14. 1. Änderung B-Plan Nr. 103-2E "Rothenseer Verbindungskanal", DS0079/09
Entwurf und öffentliche Auslegung
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr
-

Die Ausschüsse UwE und StBV empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 024-002(V)09

1. Der Entwurf und die Begründung zur 1. Änderung zum Bebauungsplan Nr. 103-2E „Rothenseer Verbindungskanal“ werden in der vorliegenden Fassung gebilligt. Eine Umweltprüfung gemäß § 2 Abs. 4 BauGB wurde durchgeführt und ist gemäß § 2a BauGB Bestandteil der Begründung.
2. Der Entwurf zur 1. Änderung zum Bebauungsplan Nr. 103-2E „Rothenseer Verbindungskanal“, die Begründung und die bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen sind gemäß § 3 Abs. 2 BauGB für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen. Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung sind ortsüblich bekannt zu machen. Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange sind gemäß § 3 Abs. 2 Satz 3 über die öffentliche Auslegung zu benachrichtigen.

- 7.15. Antrag auf Einleitung eines Bauleitplanverfahrens für einen SB- und Fachmarkt am Standort Salbker Straße / Ecke Dodendorfer Straße DS0161/09
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr
-

Die Ausschüsse UwE und StBV empfehlen die Beschlussfassung.

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann merkt an, dass die Verwaltung einen Supermarkt an dieser Stelle für nicht zweckmäßig hält.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei 1 Gegenstimme:

Beschluss-Nr. 025-002(V)09

1. Für das in der Anlage bezeichnete Gebiet liegt ein Antrag vor, das Satzungsverfahren für einen Bebauungsplan einzuleiten.

2. Planungsziel des Antragstellers ist die Errichtung eines SB- und Fachmarktes. Die in Rede stehende Fläche befindet sich innerhalb des räumlichen Geltungsbereiches des nicht rechtskräftigen Bebauungsplanes Nr. 410-1 „SKET-Nordareal/Insel“. Im Flächennutzungsplan der Landeshauptstadt Magdeburg ist dieser Bereich als Wohnbaufläche ausgewiesen.
3. Der Antrag wird abgelehnt.

7.16. Wahl der zu entsendenden Vertreter der Landeshauptstadt Magdeburg in die Regionalversammlung der Regionalen Planungsgemeinschaft Magdeburg DS0310/09

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Dem Vorschlag der Vorsitzenden des Stadtrates Frau Wübbenhorst, gemäß § 54 Abs. 3, Satz 2 GO LSA offen zu wählen, wird seitens des Stadtrates nicht widersprochen.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei 1 Gegenstimme:

Beschluss-Nr. 026-002(V)09

Der Stadtrat wählt 11 seiner Mitglieder als Vertreter der Landeshauptstadt Magdeburg in die Regionalversammlung für die Planungsregion Magdeburg und 11 weitere Mitglieder als deren Stellvertreter wie folgt:

Mitglied	Stellvertreter
Hans-Dieter Bromberg	Ursula Biedermann
Beate Wübbenhorst	Mirko Stage
Burkhard Lischka	Martin Rohrßen
Wigbert Schwenke	Hubert Salzborn
Frank Schuster	Gunter Schindehütte
Reinhard Stern	Dr. Klaus Kutschmann
Regina Frmert	Oliver Müller
Frank Theile	Uwe Bitter
Edeltraud Rogèe	Dr. Rosemarie Hein
Jürgen Canehl	Wolfgang Wähnelt
Carsten Klein	Hans-Jörg Schuster

Die Entsendung erfolgt für die Dauer der kommunalen Wahlperiode.

7.17. Fachmitglieder und Stadträte des Umlegungsausschusses

DS0170/09

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung.

Die Vorsitzende des Stadtrates Frau Wübbenhorst verliest die Namen der Stadträtinnen und Stadträte für die Bestellung als ehrenamtliche Mitglieder des Umlegungsausschuss wie folgt:

- 1 Herr Stadtrat Martin Rohrßen
- 2 Herr Stadtrat Gunter Schindehütte
- 3 Herr Stadtrat Bernd Krause

Als Vertreter der ehrenamtlichen Mitglieder werden folgende Stadträte bestellt:

- 1 Herr Stadtrat Jens Hitzeroth
- 2 Herr Stadtrat Frank Schuster
- 3 Frau Stadträtin Regina Frömert

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei 0 Gegenstimmen und 4 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 027-002(V)09

Der Stadtrat bestellt gemäß § 2 und 3 der Verordnung über die Bodenordnung nach dem Baugesetzbuch (VOBod vom 31.12.1991, geändert am 19.03.2002, GVBl. LSA S. 130) durch Einzelabstimmung nach § 54 Abs. 2 der Gemeindeordnung:

Als ehrenamtliche Fachmitglieder des Umlegungsausschusses der Landeshauptstadt Magdeburg für die Dauer der Kommunalwahlperiode

- 1 Herrn Ludwig Bauer - Vorsitzender des Umlegungsausschusses
(Ministerialdirigent a.D.)
- 2 Herrn Peter Porstendörfer - Fachmitglied für Vermessungswesen
(Ltd. Vermessungsdirektor im Landesamt für Vermessung und Geoinformation)
- 3 Herrn Ulrich Kühne - Fachmitglied für Grundstücksbewertung
(Dipl.-Ing.; Öbv Sachverständiger für Grundstückswertermittlung)

- 4 Herr Maik Grawenhoff - Fachmitglied für Bauwesen
(Bauassessor; Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr)

Als Vertreter der ehrenamtlichen Fachmitglieder werden durch Einzelabstimmung bestellt:

- 1 Herr Urs-Vito Kaase - Vertreter des Vorsitzenden
(Oberregierungsrat; Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt)
- 2 Herr Matthias Koban - Stellv. Fachmitglied für Vermessungswesen
(Vermessungsrat; Landesamt für Vermessung und Geoinformation)
- 3 Frau Katrin Zimmermann - Stellv. Fachmitglied für Grundstücksbewertung
(Dipl.-Ök.; Öbv Sachverständige für Grundstückswertermittlung)
- 4 Frau Beatrice Fischer - Stellv. Fachmitglied für Bauwesen
(Bauassessorin; Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr)

Als ehrenamtliche Mitglieder des Umlegungsausschusses werden folgende Stadträte für die Kommunalwahlperiode bis zum Zusammentritt des neuen Stadtrates bestellt:

- 1 Herr Stadtrat Martin Rohrßen
- 2 Herr Stadtrat Gunter Schindehütte
- 3 Herr Stadtrat Bernd Krause

Als Vertreter der ehrenamtlichen Mitglieder werden folgende Stadträte bestellt:

- 1 Herr Stadtrat Jens Hitzeroth
- 2 Herr Stadtrat Frank Schuster
- 3 Frau Stadträtin Regina Frömert

7.18. Benennung "Platz der Begegnung" DS0177/09

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Der Ausschuss KRB empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Vorsitzende der Fraktion CDU/BfM Stadtrat Schwenke begründet die Stimmenenthaltung seiner Fraktion dahingehend, dass sie sich bei dem Namensvorschlag mehr identitätsstiftende Namen mit Bezug auf den Stadtteil gewünscht hätten.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei zahlreichen Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 028-002(V)09

Der Stadtrat beschließt die Benennung des nördlich an der Salvador-Allende-Straße anliegenden Platzes in

Platz der Begegnung

7.19. Einleitung des Satzungsverfahrens für den vorhabenbezogenen DS0124/09
Bebauungsplan Nr. 354-8.1 "Halberstädter Chaussee 50-54"

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Der TOP 7.19 – DS0124/09 wurde von der Verwaltung von der heutigen Tagesordnung **zurückgezogen**.

8. Beschlussfassung durch den Stadtrat - Anträge

Der 1. stellv. Vorsitzende des Stadtrates Herr Theile übernimmt die Sitzungsleitung.

8.1.	Zukünftige Grundstücksnutzung CDU-Fraktion WV v. 26.02.09	A0019/09
------	---	----------

Die Ausschüsse Juhi, StBV und FG empfehlen die Beschlussfassung nicht.

Der Vorsitzende der Fraktion CDU/BfM Stadtrat Schwenke erklärt den Antrag A0019/09 mit der vorliegenden Stellungnahme S0089/09 der Verwaltung für erledigt und zieht ihn zurück.

8.2.	Erweiterung Spielplatz am Europaring SPD-Fraktion WV v. 26.03.09	A0057/09
------	--	----------

Die Ausschüsse Juhi und StBV empfehlen die Beschlussfassung.

Der BA SFM hat den Antrag A0057/09 zur Kenntnis genommen.

Der Ausschuss FG betrachtet den Antrag A0057/09 mit der vorliegenden Stellungnahme S0113/09 für erledigt.

Der Vorsitzende der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! Stadtrat Bromberg geht auf die Zielstellung des Antrages A0057/09 ein.

Stadtrat Westphal, Fraktion Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, verweist auf das Votum des BA SFM und hält den Antrag A0057/09 ebenfalls für erledigt. In diesem Zusammenhang erinnert er an die Festlegung des Stadtratsvorstandes, dass Prüfaufträge grundsätzlich beschlossen und nicht überwiesen werden.

Nach weiterer Diskussion bittet der Beigeordnete für Finanzen und Vermögen Herr Zimmermann darum, den Antrag A0057/09 zu verweisen und in die Diskussion der Drucksache zum Gesamtkonzept der Spielplätze im IV. Quartal diesen Jahres mit einzubeziehen.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper merkt an, dass es große Schwierigkeiten gibt, alle Varianten umzusetzen. Er verweist auf die Möglichkeit einer schrittweisen Umsetzung und signalisiert die Vorlage einer entsprechenden Drucksache.

Gemäß Antrag A0057/09 der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 029-002(V)09

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, inwieweit eine Erweiterung des Spielplatzes am Europaring (An der Schrote) möglich ist.

8.3.	Börderadweg CDU-Fraktion WV v. 26.03.09	A0070/09
------	---	----------

Stadtrat Reppin, Fraktion CDU/BfM, bedankt sich bei der Verwaltung für die veranlasste Umsetzung des Antrages A0070/09 und zieht ihn **zurück**.

8.4.	Ärztmangel in Magdeburg SPD-Fraktion WV v. 30.04.09	A0075/09
------	---	----------

Zur Beratung liegen vor:

- Änderungsantrag A0075/09/1 der FDP-Fraktion
- Änderungsantrag A0075/09/2 des Ausschusses GeSo
- Änderungsantrag A0075/09/3 der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!

Der Ausschuss GeSo empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrages A0075/09/2.

Der Ausschuss RWB empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrages A0075/09/2 des Ausschusses GeSo.

Der Vorsitzende der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! Stadtrat Bromberg begründet den vorliegenden Änderungsantrag A0075/09/3. Er trägt die vorliegenden Änderungsanträge A0075/09/1 und A0075/09/2 mit.

Der Vorsitzende der FDP-Fraktion Stadtrat Hans-Jörg Schuster bedankt sich beim Vorsitzenden der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! für das Mittragen ihres Änderungsantrages A0075/09/1.

Der Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit Herr Brüning verweist auf die vorliegende Stellungnahme S0160/09 der Verwaltung und die lebhaftige Diskussion im Ausschuss GeSo. Er merkt an, dass es weitere Gespräche in dieser Frage auf Arbeitsebene geben wird. Herr Brüning bittet darum zu präzisieren, was mit den halbjährlichen Gesprächen gemeint ist.

Stadtrat Herbst, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, kann nicht nachvollziehen, warum im Beschlusstext des Antrages A0075/09 der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! nur von Hausärzten die Rede ist. Er sieht ein viel größeres Problem bei den Fach- und Kinderärzten und bringt einen Änderungsantrag ein.

Nach eingehender Diskussion bringt Stadtrat Ansorge, Fraktion CDU/BfM, den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0075/09 und aller vorliegenden Änderungsanträge in den Ausschuss GeSo – ein.

Gemäß GO-Antrag des Stadtrates Ansorge, Fraktion CDU/BfM, **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei einer Enthaltung:

Der Antrag A0075/09 und alle vorliegenden Änderungsanträge werden in den Ausschuss GeSO überwiesen.

8.5.	Touristische Erschließung in Südost	A0077/09
	SPD-Fraktion	
	WV v. 30.04.09	

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrag A0077/09.

Der Ausschuss RWB empfiehlt die Beschlussfassung.

Stadtrat Klein, FDP-Fraktion, plädiert im Namen seiner Fraktion dafür, dem Änderungsantrag A0077/09/1 des Ausschusses StBV zu folgen.

Gemäß Änderungsantrag A0077/09/1 des Ausschusses StBV **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 0 Gegenstimmen und 1 Enthaltung:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, bevor dieser Antrag umgesetzt wird, sollte das vom Ing.-Büro Funke, Irxleben, seit mehr als drei Jahren vorliegende Konzept „Schaffung touristischer Infrastruktur in Magdeburg-Südost“ auf seine Verwendbarkeit im Sinne des Antrages geprüft und dem Stadtrat dann vorgelegt werden, um Doppelarbeit zu vermeiden.

Auf Antrag der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! **beschließt** der Stadtrat unter Beachtung des Änderungsantrages A0077/09/1 des Ausschusses StBV mehrheitlich, bei 0 Gegenstimmen und 1 Enthaltung:

Beschluss-Nr. 030-002(V)09

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, bevor dieser Antrag umgesetzt wird, sollte das vom Ing.-Büro Funke, Irxleben, seit mehr als drei Jahren vorliegende Konzept „Schaffung touristischer Infrastruktur in Magdeburg-Südost“ auf seine Verwendbarkeit im Sinne des Antrages geprüft und dem Stadtrat dann vorgelegt werden, um Doppelarbeit zu vermeiden.

8.6.	Graffiti-Projekt in Magdeburg	A0093/09
	CDU-Fraktion WV v. 30.04.09	

Die Ausschüsse Juhi, StBV und VW empfehlen die Beschlussfassung.

Stadtrat Klein, FDP-Fraktion, verweist auf die Möglichkeit, Ortsschilder mit in das Graffiti-Projekt einzubeziehen.

Gemäß Antrag A0093/09 der CDU-Fraktion **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 031-002(V)09

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit den Städtischen Werken Magdeburg, der Deutschen Telekom und der Magdeburger City-Com GmbH bzgl. der Gestaltung der vorhandenen Verteiler- bzw. Stromkästen durch Graffitikünstler in Kontakt zu treten. Ziel ist es, diese Objekte im öffentlichen Raum entsprechend gestalten zu lassen. Als erstes Reverenzmodell ist die Gestaltung im Stadtteil Stadtfeld-Ost durchzuführen.

- | | | |
|------|--|----------|
| 8.7. | "Im Buckauer Engpass" | A0106/09 |
| | Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
WV v. 28.05.09 | |
-

Der TOP 8.7 – A0106/09 wurde von der heutigen Tagesordnung **zurückgezogen**.

- | | | |
|------|--------------------------|----------|
| 8.8. | Magdeburg - Sozialticket | A0134/09 |
| | Fraktion DIE LINKE | |
-

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0134/09 in die Ausschüsse GeSo, FuG, FG und in die Gesellschafterversammlung der MVB - vor.

Gemäß GO-Antrag der Fraktion DIE LINKE **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0134/09 wird in die Ausschüsse GeSo, FuG, FG und in die Gesellschafterversammlung der MVB überwiesen.

- | | | |
|------|---|----------|
| 8.9. | Gedenktafel für Inhaftierte in den ehemaligen Festungsanlagen
Magdeburgs | A0143/09 |
| | Fraktion DIE LINKE | |
-

Es liegt der Änderungsantrag A0143/09/1 der FDP-Fraktion und der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0143/09 der Fraktion DIE LINKE in den Ausschuss K vor.

Gemäß GO-Antrag der Fraktion DIE LINKE **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 0 Gegenstimmen und einigen Enthaltungen:

Der Antrag A0143/09 wird in den Ausschuss K überwiesen.

Der vorliegende Änderungsantrag A0143/09/1 der FDP-Fraktion wird in die Beratung mit einbezogen.

8.10. Projekt Polnisch - Deutsche Straße A0135/09
FDP - Fraktion

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0135/09 in den Ausschuss RWB – vor.

Gemäß GO-Antrag der FDP-Fraktion **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 0 Gegenstimmen und einer Enthaltung:

Der Antrag A0135/09 wird in den Ausschuss RWB überwiesen.

8.11. Luther-Pilgerweg A0136/09
FDP - Fraktion

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0136/09 in die Ausschüsse RWB und K – vor.

Gemäß GO-Antrag der FDP-Fraktion **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0136/09 wird in die Ausschüsse RWB und K überwiesen.

8.12. Zuständigkeit für Bolzplätze bündeln A0137/09
FDP - Fraktion

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0137/09 in die Ausschüsse VW, BSS und in den EB SFM vor.

Stadtrat Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, spricht sich mit Hinweis auf den vorliegenden Prüfauftrag gegen eine Überweisung aus.

Der Vorsitzende der Fraktion CDU/BfM Stadtrat Schwenke spricht sich für den Annahme des GO-Antrages der FDP-Fraktion aus.

Der Oberbürgermeister Dr. Trümper stellt klar, dass die Kompetenz in dieser Frage nicht beim Stadtrat liegt.

Gemäß GO-Antrag der FDP-Fraktion **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und 1 Enthaltung:

Der Antrag A0137/09 wird in die Ausschüsse VW, BSS und in den EB SFM überwiesen.

- | | | |
|-------|---|----------|
| 8.13. | Konsequenzen für die Magdeburger Gefahrenabwehrverordnung nach dem Freiburg-Urteil? | A0144/09 |
| | FDP - Fraktion | |
-

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0144/09 in die Ausschüsse VW und KRB – vor.

Gemäß GO-Antrag der FDP-Fraktion **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und 1 Enthaltung:

Der Antrag A0144/09 wird in die Ausschüsse VW und KRB überwiesen.

- | | | |
|-------|--|----------|
| 8.14. | Erweiterung des Alkoholverbots auf den Konrad-Adenauer-Platz | A0138/09 |
| | Fraktion CDU/BfM | |
-

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0138/09 in den Ausschuss KRB vor.

Gemäß GO-Antrag der Fraktion CDU/BfM **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und 1 Enthaltung:

Der Antrag A0138/09 wird in den Ausschuss KRB überwiesen.

- | | | |
|-------|---|----------|
| 8.15. | Abbau der Lichtsignalanlage Kreuzung Breiter Weg/Julius-Bremer-Straße | A0140/09 |
| | Fraktion CDU/BfM | |
-

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0140/09 in den Ausschuss StBV – vor.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper weist darauf hin, dass die Zuständigkeit für die Ampelsetzung nicht beim Stadtrat liegt.

Gemäß GO-Antrag der Fraktion CDU/BfM **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 0 Gegenstimmen und 1 Enthaltung:

Der Antrag A0140/09 wird in den Ausschuss StBV überwiesen.

8.16.	Unterstützung für das Projekt "Gang des Magdeburger Rechts" Fraktion CDU/BfM	A0141/09
-------	---	----------

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0141/09 in die Ausschüsse VW und K – vor.

Die Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE Stadträtin Frömert ergänzt den GO-Antrag der Fraktion CDU/BfM um den Ausschuss FG und bittet darum, den Antrag A0141/09 in die Haushaltsdebatte mit einzubeziehen.

Gemäß erweitertem GO-Antrag der Fraktion CDU/BfM **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0141/09 wird in die Ausschüsse VW, K und FG überwiesen.

8.17.	Teiche an Magdeburger Anglerverein e. V. Fraktion CDU/BfM	A0145/09
-------	--	----------

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0145/09 in die Ausschüsse Uwe und KRB – vor.

Gemäß GO-Antrag der Fraktion CDU/BfM **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0145/09 wird in die Ausschüsse Uwe und KRB überwiesen.

8.18. Trinkwasser auf öffentlichen Plätzen A0147/09
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0147/09 in den Ausschuss GeSo – vor.

Gemäß GO-Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 1 Gegenstimme:

Der Antrag A0147/09 wird in den Ausschuss GeSo überwiesen.

8.19. Emissionsfreie Mobilität A0148/09
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Wähnelt zieht den vorliegenden GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0148/09 in den Ausschuss UwE **zurück**.

Der Vorsitzende der Fraktion CDU/BfM Stadtrat Schwenke merkt an, dass die Erarbeitung einer Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag benötigt wird. Er bringt den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0148/09 in den Ausschuss UwE – ein.

Der Amtsleiter 37 Herr Langenhahn in Vertretung des Beigeordneten für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung, erinnert daran, dass die Stadt sich am gleichen Wettbewerb im Dezember 2008 beteiligt hat und sie ist nicht in die 2. Runde gekommen. Er empfiehlt, von einer erneuten Teilnahme Abstand zu nehmen, da mit gleichem Ergebnis zu rechnen ist.

Der Vorsitzende des Ausschusses UwE Stadtrat Wendekampf spricht sich für die heutige Beschlussfassung des Antrages A0148/09 aus und unterstützt ihn.

Stadtrat Klein, FDP-Fraktion, stellt sich die Frage, ob man den Antrag A0148/09 unter Zeitdruck abstimmen muss und spricht sich für die Annahme des GO-Antrages des Vorsitzenden der Fraktion CDU/BfM Stadtrat Schwenke aus.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper plädiert dafür erst einmal zu klären, ob die Stadt Magdeburg überhaupt eine Chance hat und unterstützt ebenfalls den GO-Antrag.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Wähnelt stimmt dem GO-Antrag unter der Maßgabe zu, dass der Antrag A0148/09 in der Stadtratsitzung am 10.09.09 wieder auf die Tagesordnung gesetzt wird.

Nach weiterer Diskussion sagt der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper zu, dass er zur Stadtratssitzung am 10.09.09 eine Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag A0148/09 vorlegen wird.

Gemäß GO-Antrag des Vorsitzenden der CDU/BfM Stadtrat Schwenke **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0148/09 wird in den Ausschuss UwE überwiesen.

Der Antrag A0148/09 wird gemeinsam mit der zu erarbeitenden Stellungnahme der Verwaltung in der Stadtratssitzung am 10.09.09 wieder vorgelegt.

8.20.	Aussetzen der Umstellung des Sammelsystems der Wertstoffentsorgung	A0152/09
	Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!	

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0152/09 in die Ausschüsse StBV, FG und in den BA SAB – vor.

Gemäß GO-Antrag der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0152/09 wird in die Ausschüsse StBV, FG und in den BA SAB überwiesen.

8.21.	Volkshochschule organisiert thematische Reisen in Magdeburger Partnerstädte	A0133/09
	Fraktion DIE LINKE	
	Ergänzend liegt der GO - Antrag auf Überweisung in die Ausschüsse K und BSS sowie in den Beirat der VHS vor.	

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0133/09 in die Ausschüsse K, BSS und in den Beirat der VHS.

Gemäß GO-Antrag der Fraktion DIE LINKE **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0133/09 wird in die Ausschüsse K, BSS und in den Beirat der VHS überwiesen.

- 8.22. Der "Lange Heinrich" - technisches Denkmal Magdeburgs A0139/09
 Fraktion DIE LINKE
 Ergänzend liegt der GO - Antrag auf Überweisung in die
 Ausschüsse K und StBV vor.
-

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0139/09 in die Ausschüsse K und StBV – vor.

Gemäß GO-Antrag der Fraktion DIE LINKE **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0139/09 wird in die Ausschüsse K und StBV überwiesen.

- 8.23. Bekenntnis zum Hochschulstandort Magdeburg A0142/09
 Interfraktionell
-

Stadtrat Dr. Kutschmann bringt den interfraktionellen Antrag A0142/09 ein.

Gemäß interfraktionellen Antrag A0142/09 **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 032-002(V)09

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, an die Landesregierung und die im Landtag vertretenen Parteien folgenden Text mit der Bitte um Beachtung zu übermitteln.

Hochschulstandort Magdeburg darf nicht gefährdet werden

Sehr geehrte Damen und Herrn des Landtages von Sachsen-Anhalt, sehr geehrter Herr Ministerpräsident Prof. Dr. Böhmer, sehr geehrte Damen und Herren der Landesregierung,

mit großer Besorgnis nimmt der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg die Einsparungsvorschläge bei den Hochschulen des Landes Sachsen-Anhalt und insbesondere bei den hiesigen Hochschulen zur Kenntnis.

Sollten diese Pläne tatsächlich so umgesetzt werden, riskiert das Land Sachsen-Anhalt den teilweisen Verlust seiner Zukunftsfähigkeit.

Die Landeshauptstadt Magdeburg kann es sich als Wissens-, Wissenschafts-, und Wirtschaftsstandort nicht leisten, dass junge Akademikerinnen und Akademiker nach ihrer Ausbildung vor Ort keine Chance für eine weitere wissenschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung haben und damit die Region verlassen.

Die Einsparungen treffen vorrangig den akademischen Mittelbau, der sehr oft in befristeten Anstellungsverhältnissen arbeitet. Gerade diese jungen Nachwuchswissenschaftler sind häufig der Motor für Innovationen. Sie sind das Fundament für die Erfüllung des Lehrauftrages der Hochschule des Landes.

Diesen Menschen, die am Anfang ihrer akademischen Laufbahn stehen, müssen Perspektiven zur beruflichen Entwicklung in Sachsen-Anhalt gegeben werden, denn unser Land und Magdeburg sind auf ihre Fähigkeiten und Kenntnisse zur weiteren Entwicklung maßgeblich angewiesen. Darüber hinaus muss Sachsen-Anhalt auf Grund der demografischen Entwicklung die Chance nutzen, für Studierende aus anderen Bundesländern als attraktiver Studienstandort zu erscheinen, verbunden mit der Hoffnung, dass diese junge Menschen dann ihren Lebensmittelpunkt dauerhaft in der Region finden.

Nicht zuletzt gehört eine angemessene Ausstattung mit Personalstellen bei der Gewinnung von national und international umworbenen Forschern zu den wichtigsten Argumenten bei der entsprechenden Entscheidung.

Die Hochschule des Landes, die Otto-von-Guericke Universität und die Hochschule Magdeburg-Stendal, haben bereits in den vergangenen Jahren durch Umstrukturierungen, die Konzentrationen von Studiengängen und weitere Maßnahmen erhebliche Mittel eingespart bzw. ihre Effizienz gesteigert. Dass dabei die Qualität von Forschung und Lehre noch nicht gelitten hat, zeigen die aktuellen Ergebnisse bei den verschiedensten Hochschulrankings.

Natürlich ist Haushaltskonsolidierung in Zeiten der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise unumgänglich, aber hier darf nicht an der falschen Stelle gespart werden.

Die im Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg vertretenen Fraktionen und der Oberbürgermeister, appellieren deshalb an den Landtag von Sachsen-Anhalt und die Landesregierung, den Hochschulstandort Magdeburg nicht durch weitere Einsparungen im Hochschulbereich in seiner Existenz- und Innovationsfähigkeit zu gefährden.

8.24. Überprüfung auf Stasi-Mitarbeit

A0130/09

Interfraktionell

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Wähnelt bringt den interfraktionellen Antrag A0130/09 ein.

Gemäß interfraktionellen Antrag A0130/09 **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 033-002(V)09

1. Die Mitglieder des neu gewählten Stadtrates für die V.Wahlperiode von 2009-2014 sollen auf hauptamtliche und inoffizielle Mitarbeit beim ehemaligen MfS überprüft werden, soweit sie vor dem 09. November 1989 das 18. Lebensjahr vollendet hatten.
2. Die Stadträtinnen und Stadträte werden aufgefordert, der Einleitung einer Überprüfung ihrer Person auf hauptamtliche und inoffizielle Mitarbeit beim Ministerium für

Staatssicherheit der ehemaligen DDR zuzustimmen und alle dazu notwendigen Angaben zur Verfügung zu stellen.

3. Der Stadtrat bildet dazu einen zeitweiligen Ausschuss, der aus je einem Vertreter der im Stadtrat vertretenen Fraktionen besteht sowie bei Bedarf aus einem Mitarbeiter des Fachbereiches für Personal- und Organisationservice. Der/Die Vorsitzende des zeitweiligen Ausschusses wird aus der Mitte der Mitglieder dieses zeitweilig tätigen Ausschusses gewählt.
4. Der/Die Vorsitzende des zeitweiligen Ausschusses wird zur Abgabe der Anträge auf Überprüfung bei der Behörde der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR ermächtigt. Das Ergebnis der Überprüfung wird dem zeitweiligen Ausschuss zur Auswertung vorgelegt und sowohl dem Stadtratsvorstand als auch den im Stadtrat vertretenen Fraktionen zur Kenntnis gegeben.
5. Eine öffentliche Bekanntgabe der Ergebnisse erfolgt in Abstimmung mit den einzelnen Fraktionen.

Stadtrat Klein, FDP-Fraktion, bittet darum, den interfraktionellen Antrag A0149/09 im nichtöffentlichen Teil der Sitzung zu behandeln.

8.26. Akteneinsicht gemäß § 44 (5) GO-LSA

A0153/09

Der Oberbürgermeister Dr. Trümper informiert über das Verfahren laut Auskunft des Innenministeriums, wobei der Stadtrat entscheiden kann, diesen Auftrag einem Ausschuss zu übertragen oder jeden einzelnen Stadtrat die Akteneinsicht vornehmen zu lassen.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Wähnelt sieht als günstigste Variante, den Ausschuss StBV oder den Ausschuss FG damit zu beauftragen.

Der Vorsitzende der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! Stadtrat Bromberg empfiehlt, den Stadtrat in Gänze die Möglichkeit zur Akteneinsicht zu geben.

Der Vorsitzende der Fraktion CDU/BfM Stadtrat Schwenke unterstützt im Namen seiner Fraktion die Empfehlung des Vorsitzenden der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! Stadtrat Bromberg.

Stadtrat Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, plädiert dafür, die Ausschüsse damit zu beauftragen.

Der Oberbürgermeister Dr. Trümper erläutert abschließend nochmals die Möglichkeiten einer Akteneinsicht und weist dabei u.a. auf den § 44 GO LSA hin. Er hält eine Einsichtnahme in den Akten durch jeden einzelnen Stadtrat für am sinnvollsten.

Stadtrat Stern, Fraktion CDU/BfM, unterstützt in seinen Ausführungen den Standpunkt des Oberbürgermeister Dr. Trümper dahingehend, dass jeder einzelne Stadtrat so in die Lage versetzt wird, verantwortungsvoll seine Entscheidung in dieser Frage zu treffen.

Stadtrat Ansorge, Fraktion CDU/BfM, bringt einen Änderungsantrag ein.

Gemäß Änderungsantrag des Stadtrates Ansorge, Fraktion CDU/BfM, **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen.

Der Satz 1 des Beschlussvorschlages des interfraktionellen Antrages A0153/09 wird wie folgt formuliert:

Der Stadtrat beantragt Akteneinsicht nach § 44 (5) GO-LSA zu den Themen „Tunnelbau und Tunnelverlängerung Ernst-Reuter-Allee/Otto-von-Guericke-Straße“ und „Projekt Eisenbahnüberführung.

Die Satzhälfte –

Ernst-Reuter-Allee den Verwaltungsausschuss (VwA) und den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr (StBV). –

wird gestrichen.

Gemäß interfraktionellen Antrag A0153/09 **beschließt** der Stadtrat unter Beachtung des Änderungsantrages A0153/09/1 des Stadtrates Ansorge, Fraktion CDU/BfM mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 034-002(V)09

Der Stadtrat beantragt Akteneinsicht nach § 44 (5) GO-LSA zu den Themen „Tunnelbau und Tunnelverlängerung Ernst-Reuter-Allee/Otto-von-Guericke-Straße“ und „Projekt Eisenbahnüberführung.

Schwerpunkt der Akteneinsicht sollen die Kostenermittlungen der einzelnen Planungsphasen für das Gesamtvorhaben und für o.g. Projekte und die Kostenabgrenzung zwischen den einzelnen Teilvorhaben und zu parallel laufenden Vorhaben und Planungen zu Rahmenmaßnahmen sein, ohne die das Gesamtvorhaben (städtebaulich) nicht abgeschlossen wäre. Bei dem Gesamtvorhaben ist die Entwicklung der Kosten für die Stadt und ihre Unternehmen von besonderer Bedeutung.

9. Einwohnerfragestunde

Gemäß § 27 Abs. 2 der Gemeindeordnung LSA führt der Stadtrat zwischen 17.00 Uhr und 17.30 Uhr eine Einwohnerfragestunde durch.

Herr Klaus-Dieter Ahrend, wohnhaft im Puppendorfer Weg 2, 39114 Magdeburg

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Trümper, sehr geehrte Damen und Herren,

mein Name ist Klaus-Dieter Ahrend, ich bin 1940 in Magdeburg geboren und wohne seit 42 Jahren mit meiner Familie im Wohngebiet Puppendorf, unmittelbar neben dem Garagenkomplex „An der Berliner Chaussee“. Und um diesen Garagenkomplex handelt es sich. Er führt aus, das Herr Ansorge kann sich noch ein Bild machen aus der letzten Versammlung in Ostelbien, da waren wir zahlreich vertreten. Dieser Garagenkomplex besteht aus ca. 300 Garagen. Diese Garagen wurden 1976 unter der Regie des Herrn Rauls, dem Herrn Dr. Rauls, dem späteren Umweltminister des Landes Sachsen-Anhalt und heutigem Ehrenbürgermeister in Gommern, errichtet. Seit der Errichtung dieser Garagen haben wir als Anwohner Probleme. Diese Probleme brauche ich Ihnen im Einzelnen nicht zu schildern, denn jeder kann sich vorstellen, wie die Garagenbesitzer untereinander umgehen und mit den Anwohnern, die dort wohnen. Auf irgendwelche Vorschriften und Bestimmungen wird keinerlei Rücksicht genommen. Die Jahre sind ins Land gegangen, diese Garagengemeinschaft hat sich 1995 aufgelöst und seitdem sind diese 300 Garagen sich selbst überlassen. Es gibt zu dem Grundstück, auf dem diese Mietgaragen stehen, einen der Stadt, allen Ämtern, dem Ordnungsamt, dem Umweltamt bekannten Besitzer dieses Grundstückes. Es handelt sich um zwei Rechtsanwälte und das macht die Sache wahrscheinlich problematisch, einer wohnhaft in München und einer wohnhaft in Hamburg. Dieses Grundstück hat auch seit einiger Zeit wieder einen offiziellen Verwalter mit einem Sitz in Hamburg. Unsere vergeblichen Versuche seit 25 Jahren dort etwas Ordnung rein zu bekommen, um nicht nur uns sondern auch der Stadt Magdeburg zu helfen, sind bis heute gescheitert. Ganz im Gegenteil, die Situation hat sich so sehr verschlimmert, dass ich es für angebracht halte, Sie alle darüber einmal zu informieren.

Zahlreiche Besuche der Polizei vor Ort, Besuche vom Ordnungs- und Umweltamt 2002 von Herrn Platz und Herrn Warschun haben bis heute nichts gebracht. Es gab eine Ordnungsverfügung zur Schließung des Geländes, dieser wurde nicht folge geleistet.

Herr Ahrend bittet den Herr Oberbürgermeister Dr. Trümper, sich dieses Gelände bitte einmal persönlich anzuschauen unter Einbeziehung von Herr Langenhahn von der Feuerwehr. Er weist darauf hin, dass Hunderte von Reifen, Öle in Größenordnungen dort lagern und dieses vom Ordnungsamt vor zwei Monaten festgestellt wurde, mit einem Bericht ans Umweltamt. Er merkt an, dass er bis heute auf eine Antwort von der Frau Jakubasch wartet und bezeichnet die ganze Situation als nicht mehr hinnehmbar.

Antwort des Oberbürgermeisters, Herr Dr. Trümper

Der Oberbürgermeister kündigt an, sich die Lage vor Ort anzuschauen und auch die Ämter zu befragen. Dann wird geschaut, wie man das Problem lösen kann. Er merkt an, dass er im Moment nichts sagen kann, weil ihm der Fall bisher nicht bekannt war.

10. Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

Der 1. stellv. Vorsitzende des Stadtrates Herr Theile unterbreitet folgenden Vorschlag zur Verfahrensweise:

1. Die Anfragezeit wird begrenzt auf 30 Minuten.
2. Die Anfragen werden in der Reihenfolge der Fraktionsstärke im Wechsel gestellt.
3. Die nicht mehr in dem vorgegebenen Zeitraum gestellten Anfragen werden schriftlich durch die Verwaltung beantwortet.

Dem Vorschlag wird seitens der Stadträtinnen und Stadträte gefolgt.

10.1 Schriftliche Anfrage (F0127/09) des Stadtrates Danicke, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

bei der Sitzung der GWA Buckau am Dienstag sind Anwohnerbeschwerden über Lärmbelästigung durch Musikveranstaltungen im Bereich Brauereistraße/ Ecke Alte Gießerei angesprochen wurden. Anfragen an das Ordnungsamt seitens der Anwohner wurden nicht ausreichend beantwortet.

Ich frage daher an:

1. Liegt eine Genehmigung für Musikveranstaltungen in diesem Bereich vor?
2. Wem wurde die Genehmigung für eine Musikveranstaltung erteilt?

Die Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

10.2 Schriftliche Anfrage (F0123/09) des Stadtrates Frank Schuster, Fraktion CDU/BfM

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Trümper,

mit der Anfrage F0074/09 „Zustand der KJFE Reform“ der damaligen CDU-Ratsfraktion im Mai dieses Jahres wurde einer breiten Öffentlichkeit der aktuelle Zustand der ehemaligen Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtung „Reformer“ bekannt.

Seitdem gibt es die verschiedensten Überlegungen, wie die weitere Nutzung des Geländes und der darauf befindlichen Gebäude erfolgen kann.

Um hier entsprechende Klarheit zu schaffen, bitte ich um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie stellt sich aus Sicht der Stadtverwaltung die aktuelle Situation dar?
2. Welche Überlegungen gibt es von Seiten der Stadtverwaltung zur weiteren Zukunft des Objektes, inkl. Zeitschienen?
3. Gibt es von Dritten konkrete und belastbare Nachnutzungskonzepte für das Objekt?
4. In welcher Form und unter welchen Rahmenbedingungen wäre eine Zwischennutzung der Einrichtung möglich?

Neben einer mündlichen Beantwortung bitte ich um eine schriftliche Stellungnahme.

Antwort des Beigeordneten für Soziales, Jugend und Gesundheit Herrn Brüning

Der Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit Herr Brüning führt aus, nicht alles, was in der Presse gestanden hat, hätte sein Herz erfreut. Er sei auch einigermaßen frei interpretiert worden, was dies betrifft. Die Fragen zum „Reformer“: Dieser ist im Zusammenhang mit der Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtung „Banane“ auch benannt worden. Dort sollen in Zukunft Investitionen, auch im Zusammenhang mit „Quittenfrüchtchen“ untersucht werden.. Es wird im Jugendhilfeausschuss im August berichtet, wie der Zustand ist und dann geht es darum, wie die Investitionen, die im Jugendstadtrat 2006 bereits benannt worden sind, auch umgesetzt werden. In dem Zusammenhang ist also der „Reformer“ als Alternative, als Alternativstandort zur „Banane“ dargestellt worden. Der „Reformer“ ist von 2003 bis Anfang Dezember 2008 als selbst verwaltete Einrichtung geführt worden. Der Nutzerkreis hat am 05.12.2008 die Nutzung gekündigt, seither steht er leer. Er wurde also sichergestellt, zugeschlossen und geräumt. Vor einer Nutzung sind wieder umfangreiche Investitionen nötig. (Dach, Installation und ähnliches).

Nachfrage des Stadtrates Schuster, Fraktion CDU/BfM

Inwieweit sollte vielleicht auch gleich mit untersucht werden, das Objekt, vielleicht, wenn es wirklich keiner Nutzung mehr zugeführt wird, eben abzureißen. Das es eben wirklich auch abgetragen wird.

Antwort des Beigeordneten für Soziales, Jugend und Gesundheit Herrn Brüning

In seiner Antwort stellt der Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit Herr Brüning fest, das sei eine Option. Immer wenn ein Objekt betrieben wird, verursacht es Kosten, diese wurden bis jetzt noch von niemanden geplant und sind auch nicht in der Aufstellung für 2010 berücksichtigt.

10.3 Schriftliche Anfrage (F0099/09) des Stadtrates Müller, Fraktion DIE LINKE

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

in der jüngsten Zeit kamen und kommen erfreulicherweise zunehmend Kindertagesstätten und Schulen Magdeburgs zur dringend notwendigen Sanierung in den Genuss von Fördermitteln der unterschiedlichsten Landes-, Bundes- und EU-Programme.

Ich frage daher den Oberbürgermeister:

Wie viele und welche Kindertagesstätten, Schulen und KJFEs der LH Magdeburg konnten bzw. können 2008/2009 über welche Förderprogramme saniert werden?

Wie viele und welche Kindertagesstätten, Schulen und KJFEs blieben bislang unberücksichtigt und welche Möglichkeiten und Ideen der Sanierung bestehen hier für die Zukunft?

Ich bitte um ausführliche schriftliche Stellungnahme.

Die Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

10.4 Schriftliche Anfrage (F0100/09) des Stadtrates Müller, Fraktion DIE LINKE

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Magdeburg zählt zu den grünsten Städten Europas. Das ist zweifellos Geschenk und Verpflichtung zugleich. Vor diesem Hintergrund sorgen immer wieder Baumfällungen gleich welcher Art für Aufregung, Besorgnis und Unverständnis bei weiten Teilen der Bevölkerung.

Ich frage daher den Oberbürgermeister:

Wie viele Bäume wurden in den Jahren 2006 bis 2009 insgesamt im Magdeburger Stadtgebiet mit vorliegender amtlicher Genehmigung gefällt? Bitte nach Jahresscheiben, Arten, öffentlichen und privaten Grundstücken und Gründen getrennt angeben. Wie viele Anträge lagen insgesamt vor, was waren die Hauptgründe? Bei wie vielen Bäumen ist bekannt geworden, dass sie ohne Genehmigung gefällt worden sind?

Wie erfolgt im Einzelnen die Genehmigung bzw. Nicht-Genehmigung von Baumfällanträgen? Welches sind die maßgeblichsten und häufigsten Kriterien? Erfolgt in der Regel eine Vor-Ort-Besichtigung bzw. kommen amtlich bestellte Baumgutachter zum Einsatz?

In welchem Maße erfolgt die Kontrolle der Beauftragung mit Ersatzpflanzungen? In wie vielen Fällen wurden aus welchen Gründen die Ersatzpflanzungen nicht realisiert? Auf welche Weise erfolgt hierbei die weitere Verfolgung der Beauftragung?

Wie viele Bäume welcher Art wurden im selben Zeitraum unabhängig von Ausgleichsmaßnahmen neu gepflanzt?

Ich bitte um kurze mündliche und ausführliche schriftliche Stellungnahme.

Antwort des Amtsleiters 37 Herrn Langenhan i. V. des Beigeordneten für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung.

Herr Langenhan führt in seiner Antwort aus, dass im Jahr 2008 ca. 2.340 genehmigte Baumfällungen in Magdeburg durchgeführt wurden. Die Tendenz ist, dass sich in den letzten Jahren eine relativ stabile Baumfällzahl heraus kristallisiert. Im Jahr 2008 gab es weniger Baumfällungen als im Jahr 2007. Und es wird schriftlich eine Statistik zugearbeitet. Zu den Baumfällungen, diese sind formlos zu beantragen im Anschluss daran, begibt sich ein Mitarbeiter des Umweltamtes vor Ort und schaut sich die Sache an. Nachpflanzungen werden stichpunktartig kontrolliert. Es gibt Fälle, wo der Genehmigungsbescheid mit einer Auflage versehen wird, dass die Baumpflanzungen gemeldet werden müssen.

10.5 Schriftliche Anfrage (F0126/09) des Stadtrates Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

lange vor der Dienstberatung des Oberbürgermeisters am 04.08.09 war bekannt, dass in dieser Sitzung über eine Drucksache zum Ausbau des Eisenbahnknotens Magdeburg beraten werden sollte. Üblicherweise werden diese, zunächst in nichtöffentlicher Beratung des OB mit den Beigeordneten behandelten Vorlagen nach Sitzungsende für die Fraktionen und Stadträte durch Freigabe öffentlich gemacht.

Nicht so diese Drucksache zum Ausbau des Tunnels (DS0266/09). Diese blieb auch nach Sitzungsende der OB-Beratungsrunde unter Verschluss. Als Begründung wurde angegeben, dass diese Drucksache am Tag nach der OB-Beratung, also am 05.08., zunächst den Medienvertretern in einer nicht öffentlich einberufenen Sitzung des Oberbürgermeisters bekannt gegeben werde. Eine Teilnahme an der Pressekonferenz blieb den Stadträten auch auf Nachfrage verwehrt. Erst nach der Pressekonferenz, also 24 Stunden nach Ende der OB-Beratung erfolgte dann die Freigabe der Drucksache an die Fraktionen und Stadträte.

Für uns ist es nicht akzeptabel, dass eine derart wichtige Drucksache den gewählten Vertretern der Bürgerschaft erst einmal vorenthalten wird, bis sie der Presse vorgestellt wurde!

Wir fragen daher an:

1. Auf welcher gesetzlichen Grundlage erfolgt der Umgang des Oberbürgermeisters in der oben beschriebenen Art und Weise mit der als öffentlich ausgewiesenen Drucksache?
2. Wird eine solche Drucksache und die damit verbundene Entscheidung, die eine solche Tragweite hat, wie sie bekanntermaßen die Entscheidung zum Tunnelausbau ist, vom Oberbürgermeister als eine „wichtige, die Gemeinde und ihre Verwaltung betreffende Angelegenheit“ angesehen, wie sie in § 62 Abs. 2 GO-LSA geregelt ist?

3. Wenn ja, welche Gründe sprechen aus Sicht der Verwaltung für die vom OB gewählte Verfahrensweise?
4. Müssen die gewählten Stadträte erst eine Akkreditierung als Journalisten nachweisen, bevor der Oberbürgermeister ihnen gegenüber seiner Verpflichtung zur Information über wichtige Gemeindeangelegenheiten nachkommt?
5. Halten Sie diese Verfahrensweise für vertrauensbildend für die zukünftige Zusammenarbeit des neuen Stadtrates und der Verwaltung/dem Oberbürgermeister, wenn trotz der vom Stadtrat immer wieder angemahnten Regelung in § 62 GO-LSA so mit den Fraktionen und Stadträten verfahren wird?

Wir bitten um mündliche Beantwortung der Anfragen in der SR-Sitzung am 13.08.09.

Antwort des Oberbürgermeisters Dr. Trümper

Der Oberbürgermeister führt aus, dass zu Beginn einer neuen Wahlperiode es notwendig ist, das Verfahren des Umgangs Verwaltung, Oberbürgermeister und dem Stadtrat noch mal klar zu stellen. Dies sollte der Stadtrat auch zur Kenntnis nehmen, dass der Oberbürgermeister nach der Gemeindeordnung Sachsen-Anhalt eine Organstellung hat. Und der Oberbürgermeister entscheidet über seine Drucksachen, die in der Verwaltung erarbeitet werden und übergibt sie dann dem Stadtrat zur Beratung. Das ist das ganz normale Verfahren, was seit Jahren so gehandhabt wird. Der Oberbürgermeister weist daraufhin, dass die Oberbürgermeisterdienstberatungen keine Pflicht sind, sondern eine freiwillige Maßnahme. Auch die Freigebe der öffentlichen Drucksachen erfolgt für alle zeitgleich, wann dies geschieht, sei seine Entscheidung, er hat nur die Pflicht acht Wochen vor der Stadtratsitzung Drucksachen zur Kenntnis zu geben und diese Frist wird eingehalten.

Herr Dr. Trümper weist nochmals darauf hin, dass die besagte Drucksache zu Beginn der Pressekonferenz für alle freigeschaltet wurde und nicht hinterher.

10.6 Schriftliche Anfrage F0116/09 des Stadtrates Klein, FDP-Fraktion

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

das Land Sachsen-Anhalt hat einen straßenbegleitenden Radweg entlang der Landstraße von Niederndodeleben bis zur Grenze der Landeshauptstadt in Diesdorf gebaut. Jetzt fehlt noch ca. ein Kilometer Radweg von der Ortseingangsgrenze bis zum Torplatz/Dreibrückenstraße als Anschluss an den Börderadweg.

Ich bitte Sie um eine schriftliche Antwort auf meine nachstehenden Fragen:

1. Ist seitens der Landeshauptstadt vorgesehen, den Radweg von der Niederndodeleber Str. nach Diesdorf zu verlängern?
2. Wenn nicht, welche Gründe gibt es dafür?
3. Wenn ja, wann wird das fehlende Teilstück gebaut werden und welche Kosten entstehen für der Anschluss an den Börderadweg?

Anwort des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann führt aus, dass eine Verlängerung geplant ist. Die Gesamtkosten werden 149.000 EUR betragen und sind gegenüber dem Land Sachsen-Anhalt angemeldet. Das Land hat eine Förderung in Höhe von 45.000 EUR für das Jahr 2010 und 37.500 EUR für das 2011 avisiert. Es liegt zwar noch kein rechtskräftiger Fördermittelbescheid vor, aber das Projekt wird im Auge behalten und die Ausschilderung wird sich dann im Rahmen des Projektes klären.

10.7 Schriftliche Anfrage (F0125/09) des Stadtrates Kraatz, Fraktion CDU/BfM:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Trümper,

in diesem Jahr können wir 20 Jahre friedliche Revolution feiern. Aus Anlass dieses freudigen Jubiläums finden zahlreiche Veranstaltungen in der Landeshauptstadt Magdeburg statt. Auch im nächsten Jahr gibt es den zwanzigsten Jahrestag eines wichtigen historischen Ereignisses zu begehen - die Wiederherstellung der kommunalen Selbstverwaltung, inkl. der Schaffung demokratischer Verwaltungsstrukturen und der demokratischen Wahl von Mitgliedern der damaligen Stadtverordnetenversammlung.

Daher möchte ich Ihnen heute folgende Fragen stellen:

1. Gibt es von Seiten der Stadtverwaltung bereits Planungen, das 20zigste Jubiläum der Wiederherstellung der kommunalen Selbstverwaltung entsprechend zu würdigen?
2. Wenn ja, wie ist der aktuelle Stand dieser und welche finanziellen Mittel sollen hierfür in den Haushalt der Landeshauptstadt eingestellt werden?
3. Wenn nein, warum nicht?

Neben einer kurzen mündlichen Beantwortung bitte ich um eine schriftliche Stellungnahme.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper:

Der Oberbürgermeister Dr. Trümper führt aus, dass die Stadt sich derzeit in den Vorbereitungen befindet. Am 9. Oktober findet eine Veranstaltung in Magdeburg und zeitgleich in Nashville statt. Für das nächste Jahr gibt es noch keine konkreten Planungen. Es ist unstrittig, dass es Voranstaltungen geben wird, dazu werden jedoch keine zusätzlichen finanziellen Mittel benötigt. Dies wird im Rahmen des normalen Haushaltes organisiert.

10.8 Schriftliche Anfrage F0115/09 des Stadtrates Krause, Fraktion DIE LINKE:

Unter der Schirmherrschaft des Oberbürgermeisters der Landeshauptstadt Magdeburg lädt der Freundeskreis der Korvette Magdeburg e.V. zum „3. Magdeburger Marinewochenende“ nach Magdeburg ein.

Vor diesem Hintergrund richte ich folgende Frage an den Oberbürgermeister:

Wo lagen die bisherigen Einsatzgebiete der Korvette Magdeburg und welche Aufgaben hatte sie hier in den zurückliegenden Jahren zu erfüllen und mit welcher aktuellen Aufgabe ist sie in welchem Einsatzgebiet zur Zeit befasst?

Antwort des Bürgermeisters Herrn Dr. Koch

Der Bürgermeister Herr Dr. Koch führt aus, dass es nach Information vom Korvettenchef, Herrn Feldhusen, bisher noch keinen konkreten Einsatz gab. Es fanden Probefahrten statt, diese werden wahrscheinlich noch bis Februar/März 2010 dauern.

10.9 Schriftliche Anfrage (F0114/09) des Stadtrates Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

eine Mehrheit des Stadtrates beschloss am 08.05.2008 auf gemeinsamen Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Bund für Magdeburg:

„ Der OB wird beauftragt, durch das Dezernat für Wirtschaft zu gewährleisten, dass die Landeshauptstadt in enger Abstimmung mit den Studierenden des Fachbereiches Wirtschaft, Studiengang Immobilienwirtschaft, der Hochschule Anhalt (FH), die in studentischen Belegarbeiten entwickelten Ideen, die Sanierung und die Nutzung der Hyparschale mit dem Ziel verbreitet und präsentiert werden, potentielle Investoren auf das sanierungsbedürftige Baudenkmal aufmerksam zu machen.“

Eine darauffolgende Information der Verwaltung (I0355/08) gibt darüber Auskunft, dass auf der Gewerbeimmobilienmesse Exporeal in München im Oktober 2008 eine solche Präsentation stattgefunden hat. Im Nachgang zur Messe war jedoch lediglich ein konkreter Interessent wirklich übrig geblieben.

Die Prüfung durch den Interessenten hatte ergeben, dass das Interesse nur bei Stellung eines Baukostenzuschusses durch die Stadt aufrecht erhalten wird. Ein entsprechendes Kaufangebot durch den Interessenten sollte in Kürze an die Stadtverwaltung gerichtet werden.

Ich frage daher an:

- 1. Wie ist der derzeitige Sachstand zur Angelegenheit Denkmal Hyparschale?**
- 2. Was konkret wurde im letzten Jahr, unabhängig von der Teilnahme an der Exporeal in München unternommen, um das Bauwerk zu vermarkten, zu erhalten und/oder selbst zu nutzen?**
- 3. Was gedenken Sie hinsichtlich einer Problemlösung in Bezug auf das Denkmal Hyparschale in absehbarer Zeit zu tun?**

Eine ausführliche schriftliche Beantwortung der Anfragen wird gewünscht.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper merkt an, dass in der nächsten Dienstberatung am Dienstag eine schriftliche Information zum Sachstand vorgelegt wird, die dem Stadtrat übergeben werden soll.

10.10 Schriftliche Anfrage (F0121/09) des Stadtrates Heynemann, Fraktion CDU/BfM:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Trümper,

in den Medien finden sich in den vergangenen Tagen verschiedene Meldungen über die schlechten Besucherzahlen in einigen Frei- und Strandbädern in Deutschland. Auch in Sachsen-Anhalt bzw. in Magdeburg lud das Wetter über einen längeren Zeitraum nicht zum Besuch dieser Freizeiteinrichtungen ein.

Daher stelle ich Ihnen folgende Fragen:

1. Wie stellen sich die Besucherzahlen in den kommunalen Frei- und Strandbädern der Landeshauptstadt Magdeburg derzeit dar? Bitte auch im Vergleich zu den Planzahlen für 2009 und Ist-Zahlen aus dem vergangenen Jahr.
2. Gibt es Einnahmeverluste gegenüber den Planungen und wenn ja, in welcher Höhe?
3. Wie wird die Situation zur Einhaltung der Haushaltsplanung in diesem Bereich für den Rest des Jahres durch die Stadtverwaltung eingeschätzt?

Neben einer kurzen mündlichen Beantwortung bitte ich um eine schriftliche Stellungnahme.

Anwort des Bürgermeisters Herrn Dr. Koch

Der Bürgermeister Herr Dr. Koch führt aus, dass die Witterungslage und Sommertage eher durchwachsen waren, sodass nach derzeitigem Stand, eine Mindereinnahme zu verzeichnen sein wird. Weiter wurde festgestellt, dass die Besucherzahlen von Besuchern mit reduzierten Eintrittsgeldern, also Magdeburg Pass, Feierabendticket etc. zugenommen haben. Diese Vergünstigungen werden also deutlich angenommen. Aber nach derzeitiger Prognose werden Mindereinnahmen zu verzeichnen sein.

10.11 Schriftliche Anfrage (F0113/09) des Stadtrates Herbst, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

erneut wurde in Magdeburg ein 14-jähriges Mädchen von einem Kampfhund angefallen, dieses mal im Geschwister-Scholl-Park im Stadtzentrum. Zeugen des Vorfalls berichteten, dass der Hund (ein Staffordshire-Terrier) unangeleint durch den Park lief. Nach der Attacke sei der Hund von einer ca. 30 Jahre alten Frau eingefangen worden, die den Park sofort verließ, ohne sich um das verletzte Kind zu kümmern. Die Polizei ermittelt wegen fahrlässiger Körperverletzung.

In Magdeburg hatte es in den vergangenen Monaten mehrere Kampfhundeattacken gegeben. Erst im Mai war ein Mann dabei schwer verletzt worden. Im Juni biss ein Staffordshire-Mischling einen anderen Hund tot. Mehrere Vorfälle dieser Art innerhalb weniger Wochen, trotz verschärfter Verordnung und Leinenzwang in Magdeburg.

Ich frage Sie daher:

- 1. Wie viele Kampfhunde sind bereits steuerlich erfasst und wie viele haben einen „Wesenstest“ absolviert?**
- 2. Wie wird derzeit der Kontrolldruck auf der Straße konkret umgesetzt?**

Ich bitte um kurze mündliche und ggf. ausführliche schriftliche Beantwortung der Anfragen.

Anwort des Amtsleiters 37 Herr Langenhahn in Vertretung des Beigeordneten für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung:

Der Amtsleiter 37 Herr Langenhahn informiert, dass derzeit in Magdeburg 115 Kampfhunde steuerlich erfasst sind. Es liegen 60 freiwillige Anmeldungen zum Wesenstest für derartige Tiere vor. Es muss davon ausgegangen werden, dass es in Magdeburg etwa 200 Kampfhunde gibt, die man einem Wesenstest unterziehen muss. Er führt weiterhin aus, dass bis zum 31.08. die Frist läuft, in der der Wesenstest überhaupt durchgeführt werden muss, dass bedeutet dass derzeitige Kontrollen noch keinen Sinn machen. Nach dem 31.08. wird es noch eine Karrensfrist von vier

Wochen geben, aber dann wird mit dem Vollzug begonnen. D. h. es werden
Verwaltungsverfahren eingeleitet und der Wesenstest erzwungen.

Nachfrage des Stadtrates Herbst, Bündnis 90/Die Grünen

Wie kann das sein, dass 119 – so habe ich das verstanden – als gefährliche Hunde eingestuft sind
aber 200 als potenziell Wesenstestskandidaten gelten?

Anwort des Amtsleiters 37 Herr Langenhahn in Vertretung des Beigeordneten für Kommunales,
Umwelt und Allgemeine Verwaltung:

Der Amtsleiter 37 Herr Langenhahn führt aus, dass diese Hundehalter freiwillig den Wesenstest
im Ordnungsamt angemeldet haben, wie es das Verfahren vorschreibt. Es wird vermutet, dass es
ca. 200 Kampfhunde in Magdeburg gibt.

Die noch vorliegenden Anfragen F 0102/09 – F0111/09, F0120/09, F0118/09, F0119/09,
F0124/09, F0122/09 und F0117/09 werden im Nachgang schriftlich durch die Verwaltung
beantwortet.

11. Informationsvorlagen

Die schriftlich vorliegenden Informationen unter TOP 11.1 – 11.10 werden zur Kenntnis
genommen.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Beate Wübbenhorst
Vorsitzende des Stadtrates

Silke Luther
Protokollantin

Anwesend:

Vorsitzende/r

Wübbenhorst, Beate

Mitglieder des Gremiums

Ansorge, Jens

Bartelmann, Gregor

Bock, Andreas

Boeck, Hugo

Bromberg, Hans-Dieter

Budde, Andreas

Canehl, Jürgen

Danicke, Martin

Frömert, Regina

Gärtner, Matthias

Giefers, Thorsten

Grünert, Gerald

Grünewald, Mario

Hein, Rosemarie Dr.

Herbst, Sören Ulrich

Heynemann, Bernd

Hitzeroth, Jens

Hoffmann, Michael

Hofmann, Andrea

Höroid, Helmut Dr.

Klein, Carsten

Kraatz, Daniel

Krause, Bernd

Kutschmann, Klaus Dr.

Lischka, Burkhard

Meinecke, Karin

Meyer, Steffi

Müller, Oliver

Nordmann, Sven

Pott, Alexander Prof.Dr.

Reppin, Bernd

Rogée, Edeltraud

Rohrßen, Martin

Rösler, Jens

Salzborn, Hubert

Schoenberner, Hilmar

Schumann, Andreas

Schuster, Frank

Schuster, Hans-Jörg

Schwenke, Wigbert

Stern, Reinhard

Szydzick, Claudia

Theile, Frank
Tietge, Lothar
Trümper, Lutz Dr.
Wähnelt, Wolfgang
Wendenkampf, Oliver A. Dipl. Biol.
Westphal, Alfred
Zimmer, Monika

Geschäftsführung

Ignatuschtschenko, Anne Dr.
Luther, Silke

Abwesend

Biedermann, Ursula
Bitter, Uwe
Czogalla, Olaf
Schindehütte, Gunter
Schumann, Carola
Siedentopf, Uta
Stage, Mirko